

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd sozial: Markus Jantzer (verantw.), Dirk Baas

Bundesbüro: Bettina Markmeyer, Jutta Wagemann

Erscheinungsweise: wöchentlich donnerstags.

Bezugspreis:

Für das Jahres-Abonnement monatl. 14,80 Euro/jährlich 177,60 Euro, jährlich kündbar

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: sozial@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd sozial“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd sozial“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

Hilfe für die Ärmsten im armen Moldawien

Deutsche Vereine unterstützen Behindertenarbeit

Stauceni (epd). *Drei Monate lang hat Rüdiger Frodermann mit der Verwaltung der Gemeinde Stauceni in der Republik Moldau gerungen. Jetzt liegt die Baugenehmigung für eine Tagesstätte für behinderte Kinder und Jugendliche vor.*

Der Geschäftsführer des ökumenischen Vereins »agape« ist zu-frieden. Nun kann vor den Toren der Hauptstadt Chisinau eine der ersten und modernsten Einrichtungen dieser Art in der einstigen Sowjetrepublik entstehen.

Der Kleinstaat mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern ist das ärmste Land Europas. Drei Viertel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Mehrere deutsche Vereine unterstützen seit Jahren das Land,

in dem es auch an Einrichtungen für behinderte Menschen fehlt. Agape kooperiert im 8.000 Einwohner zählenden Stauceni mit der engagierten Moldauerin Ala Fodor. Sie betreibt seit 2002 in Eigeninitiative die Tagesstätte »Cultum«. Dort werden bis zu 18 Kinder und Jugendliche mit Handicap betreut.

Die Partner eint ein gemeinsames Ziel: »Diese Menschen sollen gefördert und nicht nur verwahrt werden«, sagt Fodor. Dazu will agape für 580.000 Euro eine barrierefreie Tagesstätte errichten. Noch ist »Cultum« in einem alten Kindergarten untergebracht. Doch der ist in einem katastrophalen Zustand: Das Dach ist undicht und die Toiletten funktionieren kaum noch. 2010 soll der Neubau fertig sein. **Seiten 6,7**

Sozialverband wirbt für Mindestrente

Neues Konzept gegen Altersarmut

Berlin (epd). Mit einem Mindestlohn und Freibeträgen in der Rente könnte nach Einschätzung des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Altersarmut vermieden werden. Der Verband legte am 7. August in Berlin ein Konzept vor, um künftig eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu garantieren.

SoVD-Präsident Adolf Bauer zufolge müssen viele Arbeitnehmer damit rechnen, eine Rente unterhalb der armutsvermeidenden Grundsicherung zu erhalten. Bereits 2007 stieg die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 750.000. Die Grundsicherung beträgt 625 Euro im Monat.

Erhält ein Grundsicherungsempfänger zusätzlich eine Rente, wird die Rente mit den 625 Euro verrechnet. Nach dem Konzept des SoVD sollen bis zu 175 Euro der Rente nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden. **Seite 13**

Insolvente Caritas-Heime

Johannesstift übernimmt Einrichtungen

Berlin/Hannover (epd). Die bundesweit erste Übernahme sechs insolventer katholischer Einrichtungen durch einen evangelischen Träger ist besiegelt. Das Evangelische Johannesstift in Berlin wird rückwirkend zum 1. August 90 Prozent der Gesellschaftsanteile der Caritas Seniorendienste Hannover gGmbH übernehmen, sagte der Vorsteher des Johannesstifts, Martin von Essen, am 6. August in Hannover. Mit zehn Prozent bleibe der Caritasverband Hannover weiter Gesellschafter. Mitarbeitervertreter kritisierten die Übernahme, weil die Beschäftigten mit Lohnkürzungen von bis zu 13 Prozent rechnen müssen. **Seite 16**

Themen

Keine Angst vor Computerspielen

Heimbewohner halten Körper und Geist fit **Seite 5**

Abschreckung schafft keine Jobs

Das Elend der Workfare-Konzepte **Seite 11**

Jung und gut ausgebildet

860 Irak-Flüchtlinge im Lager Friedland **Seite 15**

AUS DEM INHALT

GESUNDHEIT

Schmidt: Keine höheren Beiträge wegen Grippe-Impfung 3

PFLEGE

Unangemeldete Kontrollen in Heimen sollen für mehr Transparenz sorgen 4

Computerspiele können Geist und Körper fithalten 5

BEHINDERUNG

Verein hilft Armen im bitterarmen Moldawien 6,7

FAMILIE

Bayern stoppt Klage gegen Stiefkindadoption 9

ARBEIT

Gastbeitrag: »Zwangsarbeit« führt nicht zu mehr Jobs 11

Junge Mütter machen Lehre in Teilzeit 12

ARMUT

Sozialverband legt Konzept gegen Altersarmut vor 13

Rekord bei neuen Verfahren am Berliner Sozialgericht 14

MIGRATION

Rund 860 Irak-Flüchtlinge im Lager Friedland 15

SOZIALWIRTSCHAFT

Grünes Licht für Übernahme der Caritas-Heime durch das Johannesstift 16

RECHT

Ungleiche Sonderzahlungen sind rechtens 17

Fernsehgerät gehört zum »sozialüblichen Standard« 18

Schmidt im Wahlkampfteam

Rechnungshof: Entlastung in Dienstwagenaffäre



Berlin (epd). Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ist nun doch ins Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat und Außenminister Frank-Walter Steinmeier berufen worden. »Ulla Schmidt ist Teil meines Teams«, sagte Steinmeier am 9. August in Berlin.

Zuvor hatte der Bundesrechnungshof Schmidt bescheinigt, sich bei der Nutzung ihres Dienstwagens gemäß den Richtlinien verhalten zu haben. Steinmeier sagte weiter, Schmidt habe als Gesundheitsministerin gegenüber mächtigen Inte-

ressengruppen Standhaftigkeit beweisen. Gerade jetzt zeigten sich in der Krankenversicherung die Erfolge ihrer Politik.

Schmidt war in die Kritik geraten, nachdem ihr Dienstwagen in Spanien gestohlen worden war. Dabei wurde bekannt, dass sie ihren Fahrer samt dem Auto aus Deutschland hatte anreisen lassen. Schmidt sagte dazu, der Bundesrechnungshof habe auf ihren Wunsch hin überprüft, ob sie den Dienstwagen während ihres Urlaubs vorschriftsgemäß genutzt habe. Das Ergebnis der Prüfung sei eindeutig: »Es ist kein Schaden für die Bundesrepublik Deutschland entstanden.« *hen*

Reform der Pflege-Ausbildung

Regierung legt sich nicht fest

Berlin (epd). Die Bundesregierung hat noch keine Entscheidung getroffen, ob eine grundlegende Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen erforderlich ist. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor, teilte der Bundestag am 10. August in Berlin mit. Um einem Fachkräftemangel zu begegnen, sei es wichtig, dass auf Dauer ausreichend Pflegeschüler ausgebildet würden. Dabei dürfe »der formale Bezug auf einen konkreten, eng gefassten Schulabschluss« nach Auffassung der Bundesregierung keine Hürde darstellen.

Eine Verschlechterung der Qualität in der Versorgung sei durch die beschlossene Neuregelung der Gesetze über die Berufe in der Krankenpflege und in der Altenpflege nicht zu befürchten, hieß es weiter. Die Neuregelung sieht vor, dass künftig eine abgeschlossene zehnjährige allgemeine Schulbildung als Voraussetzung für den Zugang zur Ausbildung in der Gesundheits- und Kranken- bzw. Altenpflege ausreicht. Für alle Pflegeschülerinnen und -schüler sollen die gleichen Anforderungen an die Ausbildung und die staatliche Prüfung gelten. *db*

Neue einheitliche Anlaufstelle

Infos zum Thema Krebs

Berlin (epd). Für die Bevölkerung wird es ab Herbst eine einheitliche Anlaufstelle für Fragen zum Thema Krebs geben. Das Deutsche Krebsforschungszentrum und die Deutsche Krebshilfe bündeln ihre Beratungsangebote unter der kostenlosen, bundesweiten Rufnummer 0800/420 30 40, teilte das Gesundheitsministerium am 10. August mit. Bisher war unter dieser Nummer nur die Beratungsstelle des Krebsforschungszentrums zu erreichen. Die Krebsinformation

wird darüber hinaus vom Bundesforschungs- und vom Gesundheitsministerium getragen. Mit der Kooperation sei sichergestellt, dass Interessenten Informationen zu Krebskrankheiten auf höchstem Niveau erhielten, hieß es. *juw*

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Christlichen Instituts für Pflegewissenschaft bei. Wir bitten um Beachtung.

Höhere Beiträge wegen Schweinegrippe abgelehnt

Virologe: Impfungen sind sinnvoll / Medizinhistoriker warnt vor unangebrachter Panik

Berlin (epd). *Bundesregierung, Parteien und Wirtschaftsvertreter lehnen eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge wegen der geplanten Schweinegrippe-Impfungen ab. Impfen sei »Pflichtleistung der Kassen und zwar ohne Praxisgebühr und Erhöhung der Beiträge«, sagte die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel (SPD), in der »Berliner Zeitung« vom 7. August. Die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, Christine Lieberknecht (CDU), sieht in der Impfkation ausschließlich »eine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen«. Experten bewerten die Bedrohung Deutschlands durch die Schweinegrippe unterschiedlich.*

Die SPD-Politikerin Kühn-Mengel erklärte, die Drohung der Kassen sei unangemessen angesichts des diesjährigen Überschusses. Zudem sei eine Impfung günstiger als die Behandlung kranker Menschen. Die Kassen wüssten das. Die Bundesregierung will danach in der kommenden Woche eine Verordnung beschließen, wonach die Krankenkassen die Kosten der Impfung zahlen müssen. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hatte am 6. August für diesen Fall Beitragserhöhungen zum 1. Oktober verlangt.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sagte der »Passauer Neuen Presse«, er halte eine Anhebung der Beiträge wegen der Schweinegrippe für »undenkbar«. Auch der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber (BDA) sowie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnten eindringlich vor höheren Kassenbeiträgen zur Finanzierung der Impfung. »Beitragserhöhungen sind Gift für Arbeitsplätze, erst recht in Zeiten wirtschaftlicher Krise«, sagte Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, der »Passauer Neuen Presse«. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Harald Terpe bezeichnete die GKV-Forderung als »Vorwand«. Die Kassen suchten »schlicht einen Grund, um die Beitragssenkung vom Juli wieder auszugleichen«, sagte Terpe.

Unterdessen rückten nach einem Bericht der »Bild«-Zeitung erste Krankenkassen von ihrer Forderung wieder ab. Eine Sprecherin der KKH-Allianz sagte, eine

Beitragsanhebung für KKH-Versicherte sei zum jetzigen Zeitpunkt auch für den Fall ausgeschlossen, dass die Kassen die Impfkosten komplett aus eigener Tasche bezahlen müssten. Ein Sprecher der Gmünder Ersatzkasse erklärte ebenfalls, eine Beitragserhöhung sei bis Jahresende ausgeschlossen.

Nach den Worten der Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, Christine Lieberknecht (CDU), sehen die Länder derzeit keinen Anlass für besondere Zuschüsse für die Impfkation. Aus heutiger Sicht würden die bestellten 50 Millionen Dosen Impfstoff sehr wahrscheinlich verwendet, so dass die Kassen nicht befürchten müssten, nicht genutztes Material zu finanzieren, sagte die Thüringische Gesundheitsministerin am 7. August im SWR. Die eigentliche Impfkation sei ansonsten »eine Leistung der Krankenkassen«. Der geplante Impfstoff gegen die Schweinegrippe stelle keine besondere Gefährdung dar.

Auch das Robert-Koch-Institut bewertet die im Oktober anlaufenden Impfungen als sinnvoll. In erster Linie dienen diese dem Schutz besonderer Personengruppen, etwa Menschen mit Grunderkrankungen und Schwangere, sagte der Vizepräsident des Instituts, Reinhard Burger, am 7. August im WDR. Von einer Selbstmedikation und privaten Vorratshaltung von antiviralen Medikamenten rät Burger dringend ab. Die Medikamente zeigten häufig Nebenwirkungen. Zudem könne es bei nicht sachgerechter Anwendung zum Auftreten von Resistenzen kommen.

Deutschland sei bei der Schweinegrippe bislang »relativ gut« davon gekommen. In Großbritannien gebe es sehr viel mehr schwere Verläufe und auch etwa 30 Todesfälle. Der Großteil der bislang knapp 9.000 Krankheitsfälle ohne Todesfall in Deutschland gingen vor allem auf Urlaubsrückkehrer zurück. Etwa ein Fünftel der Ansteckungen seien in Deutschland erfolgt. Mit einem weiteren entsprechenden Anstieg der Fälle, auch für die eigentliche Influenzasaison im Spätherbst und Winter, sei zu rechnen. Der Stuttgarter Professor Martin Dinges vom Institut für Geschichte der Medizin der Robert-Bosch-Stiftung beklagt unterdessen, in Deutschland herrsche wegen der Schweinegrippe eine unangebrachte Panik. *rks/meu*

Gesundheitsminister Söder

»Stammzelltherapie vorantreiben«

Erlangen (epd). Der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) will die Stammzelltherapie fördern. Gerade für leukämiekranken Kinder sei die Transplantation von Stammzellen oft die letzte Chance auf Heilung, sagte er laut Mitteilung vom 6. August bei einem Be-

such im Universitätsklinikum Erlangen. Die wissenschaftliche Forschung müsse vorangetrieben werden.

Die Erlanger Uniklinik ist eines von drei Zentren in Deutschland, die Stammzellpräparate aus gespendetem Nabelschnurblut herstellen dürfen. »Stammzellen aus Nabelschnurblut sind die Hoffnungsträger der Medizin«, sagte Professor Reinhold Eckstein, Leiter

der Transfusionsmedizinischen Abteilung der Uniklinik. In der Erlanger Nabelschnur-Blutbank lagern seinen Angaben zufolge über 3.000 Blutspenden. Platz ist für 15.000. Die daraus gewonnenen Stammzellen dienen zur Therapie von Krebspatienten. Künftig sollen auch Körperersatzgewebe und Ersatzorgane hergestellt werden. Bundesweit schicken 530 Geburtskliniken Nabelschnurblut nach Erlangen. *lbn*

»Nicht optimal gelaufen«

Unangemeldete Kontrollen in Pflegeheimen sollen mehr Transparenz sicherstellen

Nierstein/Speyer (epd). *Es ist kurz nach neun Uhr morgens. Claudia Köhler und ihre Kolleginnen fahren vor dem evangelischen Johanneshaus in Nierstein vor. Mit ihrem Besuch hat niemand in dem Seniorenheim gerechnet. Schon wenige Minuten später klappen die Mitarbeiterinnen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) am Besprechungstisch der Heimleitung ihre Laptops auf und lassen sich Aktenordner bringen. Alltag für die Prüfer.*

Einmal im Jahr sollen alle rheinland-pfälzischen Pflegeeinrichtungen unangemeldet überprüft werden. Seit dem Sommer werden dabei Daten für ein bundesweit einheitliches Benotungssystem gesammelt.

Bis spätestens Oktober sollen die ersten sogenannten Transparenzberichte veröffentlicht werden. Um Inhalt und Form der Berichte, Umfang und Formulierung des Fragenkatalogs war monatelang gefeilscht worden. Das Ergebnis ist bis heute umstritten. Kritiker fürchten, dass Pflegeheime auch gravierende Mängel durch gute Leistungen in weniger wichtigen Bereichen ausgleichen können. »Wir meinen, dass man eine Gewichtung der Kriterien vornehmen muss«, sagt die Leitende Ärztin des MDK-Rheinland-Pfalz, Weibler-Villalobos. »Auch K.O.-Kriterien hätte ich mir gewünscht.«

Im Niersteiner Johanneshaus gibt es auch einen ambulanten Pflegedienst, der eine Handvoll älterer Menschen im Betreuten Wohnen versorgt. Nur er ist Gegenstand der Kontrolle. Auch ein Teil der Bewohner und Patienten muss dazu befragt werden. Claudia Köhler hat für die Auswahl eine spezielle Methodik entwickelt, lässt den Heimleiter gewöhnlich würfeln und zählt dann die Kandidaten auf der Patientenliste ab. In Nierstein sind die Bewohner gut betreut und zufrieden. Aber den MDK-Prüfern missfällt, dass ambulanter und stationärer Dienst zu wenig voneinander getrennt sind.

»Es gibt kein eigenständiges Pflegekonzept, kein gesondertes Pflegeleitbild«, notiert Köhler die strukturellen Mängel. »Sie werden da mittelfristig etwas ändern

müssen.« Auch dass es keine getrennten Dienstbesprechungen für den ambulanten und stationären Bereich gibt, gilt als Regelverstoß – und das, obwohl alle Bewohner im selben Gebäudekomplex leben und von denselben Mitarbeitern betreut werden. »Das ist nicht optimal gelaufen«, meint Heimleiter Jörg Hoppe etwas zerknirscht, als die Prüfer sich nach über drei Stunden wieder verabschieden.

Mitarbeiter fürchten den Arbeitsaufwand, der bei Kontrollen auf sie zukommt

Bei den Heimmitarbeitern sei die Verunsicherung groß, welcher Arbeitsaufwand künftig bei Kontrollen auf sie zukomme, sagt Andrea Menn, Referentin für ambulante und stationäre Altenhilfe des Diakonischen Werks Pfalz in Speyer. Einige Heime hätten »Notfallpläne« erarbeitet, damit im Überprüfungsfall ausreichend Personal für die Betreuung der Heimbewohner vorhanden sei.

»Die Heime haben eine fürchterliche Angst vor den neuen Berichten, weil sie sie als existenzgefährdend empfinden«, meint Sabine Bartholomeyczik, Pflegewissenschaftlerin an der Universität Witten/Herdecke. »Wie sich die Bewohner fühlen, hängt von vielen Dingen ab, die womöglich gar nicht erfasst werden oder nicht erfasst werden können.« Für die Bewertung zwischenmenschlicher Beziehungen in der Pflege etwa sei das neue Instrumentarium nicht geeignet, kritisiert die Expertin.

In den USA gibt es bereits seit mehreren Jahren ein Benotungssystem für Pflegeeinrichtungen. Bei der Auswahl eines Heimes würden die Berichte von den Betroffenen bislang kaum genutzt, sagt die MDK-Ärztin Weibler-Villalobos. Die geografische Nähe zum alten Wohnort bleibe dort weiterhin das wichtigste Kriterium. Aber, so die Medizinerin: »Die Amerikaner haben festgestellt, dass sich die Ergebnisse besserten, weil viele Einrichtungen nicht mit ihrer Bewertung zufrieden waren.«

Karsten Packeiser ■

● www.mdk-qualitaetsberichte.de

Handbuch der Diakonie

»Ethisch handeln in der Pflege«

Frankfurt a.M. (epd). Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau (DWHN) hat eine Handreichung »Ethisch handeln in der Pflege« herausgegeben. Sie wende sich vor allem an Mitarbeitende in Heimen, in der ambulanten Pflege und im Krankenhaus und solle dazu befähigen, in schwierigen Situa-

tionen handlungs- und sprachfähig zu bleiben, erklärte Pressesprecherin Kathleen Niepmann am 5. August in Frankfurt am Main.

Das DWHN hatte bereits vor vier Jahren ein Handbuch »Ethisch handeln im Krankenhaus« herausgegeben. Die neue Handreichung befasst sich mit Themen wie Zeitdruck und Ekel in der Pflege, illegale Beschäftigung von Hilfskräften in Privathaushalten, Fixierung und medikamentöse »Ruhigstel-

lung« von Menschen in Heimen sowie Sterben und Abschiedskultur. Die Publikation wurde gemeinsam von den zuständigen Diakonie-Referenten sowie von Wissenschaftlern und Praktikern aus Pflege, Medizin, Theologie und Rechtswissenschaft erarbeitet.

leh

● Das Handbuch »Ethisch handeln in der Pflege« ist für 7,50 Euro zu beziehen über die Diakonie-Werkstatt Wetterau, Tel: 06031/68499-110

Computerspiele für Geist und Körper

Pflegeprofessorin: Spaßmedien werden sich auch in Seniorenheimen durchsetzen

Frankfurt a. M. (epd). *Ingeborg Heere ist zufrieden. »So, einen haben wir«, sagt die ältere Dame. Sie drückt den schwarzen Knopf, holt mit dem Arm aus, lässt den Knopf los und – zack: Sieben Kegel fallen. Den Beifall genießend blickt Ingeborg Heere triumphierend in die Runde. Mit ihr spielen weitere sieben Bewohner des Phoenix Seniorenzentrums Taunusblick in Frankfurt am Main einmal im Monat Bowling an der elektronischen Wii-Konsole. Die Spielekonsolen sind aber nicht nur zum Spaß da, sie erfüllen auch therapeutische Zwecke.*

Mitspieler Dieter Meyer bescheinigt sich selbst keine technische Begabung. »Ich hatte mit Technik und Computer früher nichts zu tun«, sagt der 56-jährige Heimbewohner. Doch beim Computerbowling ist er in der Gruppe der 56- bis 87-Jährigen der Favorit. Mit lockerem Schwung alle zehn Kegel, beim Bowling Pins genannt, aus dem Weg zu räumen, bereitet ihm kein Problem. »Wenn man weiß, wie man die Fernbedienung handhaben muss, kann gar nichts mehr passieren«, sagt er.

Die Leidenschaft an der elektronischen Spielekonsole begann im vergangenen Herbst. Da luden Senioren aus vier anderen Frankfurter Altenheimen zum Wettbewerb ein. »Einen so schönen Nachmittag mit so viel Leben und Spaß hatten wir bis dahin schon lange nicht mehr erlebt«, erinnert sich Heimleiterin Gabriele Luschtinetz-Maas.

Wenig später stand die erste Konsole im Beschäftigungsraum des Seniorenzentrums. Einmal im Monat treffen sich die Freunde des elektronischen Bowlings bei Kaffee und Kuchen und mit dem Ehrgeiz, möglichst viele Kegel abzuräumen. Im Herbst will der Phoenix Konzern in seinen 27 Einrichtungen in Deutschland eine Wii-Bowling-Olympiade veranstalten. Er will dazu auch Schüler aus der Nachbarschaft einladen. »Im Moment dient das Gerät lediglich zur Belustigung und Freizeitgestaltung. Aber wir wollen auch prüfen, wie es für die Bewohner mit Demenz einsetzbar ist«, sagt Luschtinetz-Maas.

In der Fachhochschule in Frankfurt erforscht Barbara Klein, Professorin für Soziale Arbeit und Gesundheit, gemeinsam mit Studenten, wie neue Medien wie zum



Foto: epdbild

Im Phoenix Seniorenzentrum Taunusblick in Frankfurt erklärt Kathrin Mühlenbeck vom Sozialdienst des Hauses der 86-jährigen Bewohnerin Ingeborg Heere das Bowlingspielen mit der Wii-Konsole.

Beispiel die Spielekonsolen in der Therapie und Pflege eingesetzt werden können. »In Australien«, weiß sie, »werden die Konsolen bei Schlaganfallpatienten eingesetzt, die halbseitig gelähmt sind. Damit konnten bereits signifikante Verbesserungen der Körperbewegungen erzielt werden«, erläutert Klein.

Auch Elmar Gräßel von der Psychiatrischen Universitätsklinik Erlangen hält es »für durchaus denkbar, dass die Wii-Konsole zur Förderung der Selbstständigkeit eingesetzt werden kann«. Der Medizinprofessor erforscht derzeit die Wirkungen des elektronischen Spiels an Einrichtungen in Bayern.

Die Studenten wollen auch den Einsatz anderer Computerspiele in Alten- und Pflegeheimen prüfen. »Wir untersuchen, welche technologischen Entwicklungen dort zur Lebensqualität beitragen«, sagt Klein. Eine anders sozialisierte Generation werde künftig in den Einrichtungen anzutreffen sein. »Frauen, die ihr Leben lang berufstätig waren, haben andere Anforderungen an ein Beschäftigungsprogramm als Frauen aus früheren Generationen.« Außerdem verfügten mehr als 60 Prozent der Haushalte bereits heute über einen Computer. »Deshalb müssen wir zukunftsfähige Angebote in der Altenhilfe schaffen«, sagt die Professorin. Christine Vaternahm ■

Rheinland-Pfalz

Höhere Vergütung für häusliche Pflege

Essen (epd). Rückwirkend zum 1. Juli haben sich die Krankenkassen und die Verbände der Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz auf eine Anhebung der Entgelte für Leistungen der Häuslichen Krankenpflege geeinigt. Wie der Ver-

band Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) am 10. August in Essen mitteilte, wurde eine Erhöhung der Vergütung für Leistungen der Behandlungspflege um 3,2 Prozent und eine Erhöhung der Hausbesuchspauschale um vier Prozent mit allen Krankenkassen erzielt.

„Es war höchste Zeit, dass die Forderungen der Leistungsbringer bei

den Kassen auf fruchtbaren Boden fallen und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz eine Vergütungssteigerung erhalten“, betont Peter Klein, Vorsitzender des VDAB-Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Das Ergebnis sei jedoch ein Kompromiss, der nicht alle gestiegenen Kosten abdecke. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 18 Monate. db

Hilfe für Arme in einem armen Land

Deutsche Vereine initiieren Projekte in der Republik Moldau

Stauceni (epd). *Drei Monate lang hat Rüdiger Frodermann, Geschäftsführer des Vereins agape, mit der Verwaltung der Gemeinde Stauceni in der Republik Moldau um eine Baugenehmigung gerungen. Jetzt darf er vor den Toren der Hauptstadt Chisinau Ende August mit dem Bau einer Tagesstätte für behinderte Kinder und Jugendliche beginnen. Es wird eine der ersten modernen Einrichtungen dieser Art in der ehemaligen Sowjetrepublik im Südosten Europas. Bis Ende 2010 soll sie fertig sein.*

Die Republik Moldau ist das ärmste Land Europas. Dreiviertel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Alte Menschen, Kinder und erst recht Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung haben in dieser Welt keinen Platz. Zudem wurden Behinderte ebenso wie psychisch Kranke bereits zu Sowjetzeiten vielfach zentral in großen Einrichtungen weggesperrt.

So leben noch heute in dem 4.000-Einwohner-Dorf Cocieri rund 380 behinderte und psychisch kranke Erwachsene in einem Heim. In der Stadt Orhei gibt es eine Einrichtung für mehr als 320 geistig behinderte Jungen, 100 davon schwerstbehindert. »Eine Betreuerin muss sich im 24-Stunden-Dienst um 18 Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung kümmern und bekommt dafür gerade mal 40 Euro im Monat«, sagt Rüdiger Frodermann. Seit vier Jahren kommt er regelmäßig nach Moldau. Nach und nach hat er sich mit der Situation dort vertraut gemacht, um nun ein Hilfsprojekt zu konzipieren.

In dem Ort Stauceni mit seinen 8.000 Einwohnern nahe der Hauptstadt Chisinau hat er eine Partnerin für sein Projekt gefunden: die Moldauerin Ala Fodor. Ihr gemeinsames Ziel ist, dass »diese Menschen gefördert



Foto: Heeb

Die Bewohnerinnen Ludmila Ambrosi, Ala Fodor und Veronica Sudnaii mit Eugen, Denis, Jacob und Genia.

und nicht nur verwahrt werden«. Seit 2002 betreibt Fodor in Eigeninitiative die Tagesstätte »Cultum«. Bis zu 18 Kinder und Jugendliche mit Behinderung werden dort betreut. Auch der 33-jährige behinderte Genia aus der Nachbarschaft schaut regelmäßig herein.

In Moldau hatte niemand angenommen, dass Menschen mit geistiger Behinderung die Jugend überleben. Deshalb gibt es keine Einrichtungen wie Behindertenwerkstätten. In der Tagesstätte »Cultum« hat Genia einen Ort, an dem er willkommen ist. Unterstützung erfuhr Ala Fodor bislang nur von dem deutschen Pater Klaus Kniffki und dem Caritasverband. Kniffki kam 1996 für die Steyler Mission nach Moldau. Er hat dort eine kleine Gemeinde aufgebaut und kümmert sich vor allem um Kinder und Kranke.

Die ortsansässige Bevölkerung steht »Cultum« eher skeptisch gegenüber. Doch Ala Fodor lässt sich ➤

Politik und Wirtschaft in Moldawien

Chisinau (epd). Der offizielle Durchschnittslohn in der Republik Moldau beträgt 170 Euro. Drei Viertel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und überlebt meist von der Subsistenzwirtschaft: Die Menschen bauen Obst und Gemüse im eigenen Garten an, konservieren die Früchte für den Winter und leben davon.

Bis zu einer Million Moldawier des 4,5 Millionen-Staates arbeitet legal oder illegal im Ausland. Frauen verdingen sich als Altenpflegerinnen in Italien, Männer arbeiten auf dem Bau in Russland. Moldawier arbeiten auch in Israel, Kasachstan, Spanien und den Golfstaaten. Infolgedessen wachsen mindestens 100.000 Kinder mit einem oder keinem Elternteil auf. Offiziell bestreitet das Land 30 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts von 3,24 Milliarden Euro (2007) durch Retransfers der im Ausland ar-

beitenden Moldawier, die ihre Familien in der Heimat unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Teil des Bruttoinlandsprodukts stammt aus Importzöllen. Wichtigster Handelspartner ist seit vergangenem Jahr die EU, die die Russische Föderation und die GUS-Staaten ablöste. Die Wirtschaft innerhalb des Landes ist nur schwach ausgebildet. Landwirtschaft und Leichtindustrie (Textil, Kleinmaschinen) überwiegen. Schwerindustrie gibt es nur im Landesteil Transnistrien, der seit einem Bürgerkrieg 1992 unter der Oberherrschaft einer international nicht anerkannten Regierung steht, die inoffiziell von Russland protegiert wird.

Ausländische Investoren zunehmend Abstand von Moldawien. Gründe sind die unklaren politischen Zuständigkeiten, Rechtsunsicherheit und Korruption. *ih*

► nicht entmutigen. »Diese Aufgabe ist mein Leben«, sagt sie. Anders als viele Moldauerinnen hat sich die 36-Jährige gegen das klassische Modell einer frühen Heirat und für die Arbeit mit Behinderten entschieden.

Das Engagement von Ala Fodor und ihrem dreiköpfigen Team kann jedoch nicht wettmachen, in welchen Zustand der alte Kindergarten ist, in dem »Cultum« untergebracht ist. Das Dach ist marode, die Toilette kaum funktionsfähig und schon gar nicht rollstuhlgerecht. Die Hilfe von agape ist daher sehr willkommen. Der ökumenische Verein aus dem nordrhein-westfälischen Lockhausen wird für 320.000 Euro eine 580 Quadratmeter große Tagesstätte für 30 Kinder an die Stelle des alten Gebäudes setzen. Geplant wurde das Gebäude von Axel Barth, einem der rund 30 Aktiven des über 300 Mitglieder zählenden Vereins. Der Architekt ist seit 1993 bei agape und hat schon für Projekte in Rumänien Neubauten entworfen.

Dort, in Moldaus westlichem Nachbarland, liegen die Wurzeln von agape. Aus ersten humanitären Transporten im Jahr 1990 entwickelten sich groß angelegte Projekte. Heute betreibt agape in Rumänien unter anderem das Kinderdorf Canaan in Sercaia, in dem 52 Kinder mit geistiger Behinderung leben. Zudem gibt es Fortbildungsangebote für Mitarbeiter in sozialen Arbeitsfeldern, die auch von den ebenfalls rumänischsprachigen Moldauern genutzt werden können. So werden sechs Moldauerinnen zur Diakonieassistentin ausgebildet.

Die ersten Hilfskonvois des Vereins stellten auch den Wendepunkt im Leben von Rüdiger Frodermann dar. Seit der Automechaniker aus Niedersachsen 1990



Foto: Heeb

Architekt Axel Barth (li.) zeigt Ala Fodor gemeinsam mit Rüdiger Frodermann die Pläne für den Neubau.

nach Rumänien kam, lässt ihn die humanitäre Arbeit nicht mehr los. Inzwischen ist der 46-Jährige Geschäftsführer des Vereins.

Auch andere Vereine aus Deutschland engagieren sich in der Republik Moldau. Allerdings machen die geringe Bekanntheit des Landes und die Korruption auf allen Ebenen Hilfe schwierig. Seit 1985 unterstützt der evangelische Verein Moldovahilfe Berlin ein Kindergartenprojekt in Costanglia im Süden Moldaus, die Deutsch-Moldauische Gesellschaft mit Sitz in München finanziert vor allem Lebensmittellieferungen für alte Menschen im Dorf Zgurita im Norden des Landes und fördert Werkunterricht an Schulen. *Inken Heeb* ■

- www.agape-rumaenienhilfe.de
- www.rumo-hilfe.de
- www.de-mo-g.de

Die Geschichte Bessarabiens

Chisinau (epd). Bessarabien, Teil der heutigen Republik Moldau und des Südwestens der Ukraine, ist eng mit der deutschen Geschichte verwoben. Von dort stammt zum Beispiel die Familie von Bundespräsident Horst Köhler. Während des Zweiten Weltkriegs wurden viele Bessarabiendeutsche nach Polen zwangsumgesiedelt. In Skierbieszów wurde 1943 auch Horst Köhler geboren, bevor seine Familie weiter nach Westen floh.

Die heutige Republik Moldau war Durchgangsland für Tartaren, Türken, Römer, Russen und Rumänen. In den ersten Jahrhunderten nach Christus gewannen die Römer an Einfluss. Auch die Völkerwanderung hinterließ ethnische Spuren. 1349 begründete Fürst Bogdan unter ungarischer Oberhoheit ein Moldaufürstentum.

Die einzige berühmte historische Persönlichkeit der Region ist Stefan der Große, der von 1457 bis 1504 herrschte. Sein Reich umfasste damals den Ostteil des heutigen Rumäniens von der Bukovina über die Universitätsstadt Iasi bis hin zum Fluss Nistru. Er ließ einige Klosteranlagen neu erbauen, sieben davon zählen heute zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Nach seinem Tod fiel das Fürstentum 1512 an das Osmanische Reich, unter dessen Herrschaft es 300 Jahre blieb. Von 1812 an gehörte das einstige Fürstentum zu Russland. Deutsche, Juden und Polen wurden dort angesiedelt, die zunächst mit besonderen Rechten ausgestattet waren.

Unter der russischen Vorherrschaft setzte sich der Begriff Bessarabien für das gesamte Gebiet der heutigen Republik Moldau durch. Der Name leitet sich nicht von "Arabien" ab, sondern bezieht sich auf das rumänische aus der Walachei stammende Fürstengeschlecht Basarab, das im 13. und 14. Jahrhundert über das Gebiet herrschte.

Bis zum Zweiten Weltkrieg lebten Deutsche, Juden, Ukrainer, Russen, die rumänischsprachigen Moldauer sowie Gagausen, ein turksprachiges, christliches Volk, friedlich nebeneinander. Ab 1918 stand das Land erneut unter rumänischer Herrschaft. 1940 wurde der gesamte Landstrich mit deutscher Zustimmung von der UdSSR annektiert, fiel allerdings 1941 wieder an Rumänien, bis 1947 nach Kriegsende die Moldawische Sozialistische Sowjetrepublik als ein Teil der sowjetischen Einflusszone entstand. *ih*

Zahl der Woche

754 Milliarden Euro Sozialausgaben

Berlin (epd). Nach Jahren des Rückgangs werden laut Bundesregierung die Sozialausgaben 2009 wieder deutlich steigen. Gegenüber 2008 werden die Leistungen um 32,6 Milliarden Euro auf voraussichtlich 754 Milliarden Euro steigen, teilte die Regierung dem Bundestag mit.

Verantwortlich dafür seien nicht nur rezessionsbedingte höhere Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung und der Grundsicherung für Arbeitssuchende, hieß es. Auch Leistungsverbesserungen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie beim Kindergeld und Wohngeld seien Gründe für diesen Anstieg. Das teilte die Bundesregierung dem Bundestag mit. Grundlage ist der Sozialbericht 2009.

Zwischen 1991 und 2008 sind die Ausgaben des Staates für Sozialleistungen demnach um rund 70,3 Prozent auf rund 721,4 Milliarden Euro angestiegen. Der stärkste Anstieg fand demnach direkt nach der Wiedervereinigung in Folge der Überleitung des westdeutschen Sicherungssystems auf die neuen Bundesländer statt. *db*

Innovative Wohnformen

Familienministerium fördert 30 Projekte

Berlin (epd). Mit fast drei Millionen Euro fördert das Bundesfamilienministerium zukunftsweisende Wohnformen für Senioren. »Wir müssen mehr Alternativen zu herkömmlichen Pflegeheimen schaffen«, sagte Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 7. August in Berlin.

Das Geld fließt an die 30 Sieger des Programms »Wohnen für (Mehr)Generationen – Gemeinschaft stärken, Quartier beleben«, von denen jeder bis zu 100.000 Euro an Fördermitteln bekommen

kann. Die Projekte beginnen ihre Arbeit am 1. September. Ziel sei es, neue Formen der Wohngemeinschaft zu entdecken und die Eigeninitiative zu stärken.

Die ausgewählten Wohngemeinschaften hätten vorbildliche Lösungen für die Barrierefreiheit im Inneren und bei den Außenbereichen der Gebäude gefunden, hieß es. Auch seien sie vorbildlich in das Gemeindeleben integriert. Außerdem bieten sie regelmäßig gemeinsame Freizeitaktivitäten für die Bewohner an. *db*

● www.baumodelle-bmfs.de

Bremen

Mindeststandards für die Kita-Arbeit

Bremen (epd). Das Land Bremen will gemeinsam mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen verbindliche und nachprüfbar Mindeststandards für die pädagogische Arbeit im Vorschulbereich entwickeln. Die Vereinbarung solle bis Herbst 2010 fertig sein und treffe beispielsweise Regelungen zur Sprachförderung oder auch zur Elternarbeit, kündigte Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) am 11. August an. Ähnliche Vereinbarungen gibt es den Angaben zufolge bereits in Berlin und Rheinland-Pfalz. Weitere Bundesländer stünden »in den Startlöchern«.

Die Vereinbarung fuße auf dem 2005 in Bremen eingeführten Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich und schaffe Transparenz für Eltern, betonte Rosenkötter. Sie umfasst laut Fachreferentin Doris Bollinger Nachweise für die Qualität der täglichen Arbeit, die über Lern- und Entwicklungsdokumentationen geleistet werden sollen. So könne beispielsweise der Mindestumfang des aktiven Sprachschatzes am Ende der Kindergartenzeit festgeschrieben werden. Die Nachweise sollten aber »kein bürokratischer Moloch« sein, sagte Bollinger.

Der Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder als größter privater Tagesstätten-Träger im Land Bremen begrüßte die Initiative der Senatorin. *lnb*

Brandenburg

Wahl-Ratgeber für behinderte Menschen

Potsdam (epd). Mit einem Wahlratgeber in einfacher Sprache soll Behinderten in Brandenburg die Beteiligung an den Landtagswahlen am 27. September erleichtert werden. Menschen mit geistigen Behinderungen verzichteten trotz Wahlrecht aus Sorge vor einem zu komplizierten Wahlverfahren oder aus Unkenntnis über Hilfsangebote häufig auf die Stimmabgabe, teilte der Landtag am 11. August in Potsdam mit. Die 20-seitige Broschüre erläutert das Wahlrecht und erklärt mit Hilfe von Fotos die einzelnen Schritte der Wahlentscheidung und Stimmabgabe.

In dem Wahlleitfaden sollen auch Informationen über die Ziele der Kandidaten und Parteien vorgestellt werden, hieß es weiter. Der Wahlratgeber wurde vom Behindertenbeauftragten des Landes Brandenburg sowie dem Verein Lebenshilfe entwickelt. *lob*

● www.landtag.brandenburg.de

Budget für Arbeit

Dreyer: Große Hilfe für Behinderte

Mainz (epd). Das Budget für Arbeit für Menschen mit Behinderungen ist nach Angaben von Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) in Rheinland-Pfalz erfolgreich. Mehr als 100 Behinderte hätten bisher durch das Modellprojekt einen Arbeitsplatz gefunden, sagte Dreyer am 6. August in Mainz bei der Vorstellung eines Zwischenberichts.

Die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben sei von großer Bedeutung, sagte Dreyer. Ein entscheidender Beitrag dazu sei das Budget für Arbeit. Die Träger der Sozialhilfe nutzten die Fördermaßnahme, um damit Arbeit für Behinderte auf dem ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Dies sei besser, als mit Mitteln der Eingliederungshilfe deren Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt zu finanzieren. Das Land Rheinland-Pfalz habe das Budget für Arbeit 2006 als Modellprojekt gestartet. *lsr*

Bayern stoppt Klage gegen Stiefkindadoption

Bundesjustizministerin Zypries will gemeinsame Adoption ermöglichen

Berlin/München (epd). *Bayern gibt seinen Widerstand gegen eine rechtliche Aufwertung homosexueller Partnerschaften auf. Die Staatsregierung hat ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die 2005 in Kraft getretene Ergänzung zum Lebenspartnerschaftsgesetz zurückgezogen, wie das bayerische Justizministerium am 10. August bestätigte.*

Das Gesetz erlaubt sogenannte Stiefkindadoptionen, bei denen der gleichgeschlechtliche Lebenspartner das leibliche Kind des Partners oder der Partnerin adoptieren kann. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) begrüßte die Rücknahme und drängte darauf, den Weg für ein gemeinsames Adoptionsrecht frei zu machen.

Die bayerische Staatsregierung hatte die Klage damit begründet, dass die Stiefkindadoption der »Natürlichkeit« widerspreche und dem Wohl des Kindes schade. Das Erziehungsrecht nach Artikel sechs des Grundgesetzes stehe nur Vater und Mutter zu, nicht aber zwei Männern oder zwei Frauen.

Ende Juli hatte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) eine Studie vorgestellt, nach der Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften genauso gut aufwachsen wie in heterosexuellen Beziehungen. Die Studie wurde von zwei bayerischen Instituten erstellt, dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Uni Bamberg und dem Bayerischen Staatsinstitut für Frühpädagogik in München.

»Es ist schön, dass sich die CSU Fakten nicht verschließt«, kommentierte Zypries den Rückzug Bayerns. Die Studie habe »eindrucksvoll belegt«, dass es auf die sexuelle Identität der Lebenspartner nicht an-

komme: »Kinder wachsen nämlich dort gut auf, wo sie geliebt werden.« Sie hoffe nun, dass die Union auch den Weg zur Zeichnung des geänderten Europäischen Adoptionsübereinkommens freimache. Damit könne dann auch die gemeinsame Adoption durch Lebenspartner ermöglicht werden.

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) wies einen solchen Schritt zurück. »Ich werde Ehe und Familie weiterhin gegen eine schrittweise Gleichsetzung verteidigen«, sagte sie: »Insbesondere eine Volladoption durch Lebenspartner wird es mit mir nicht geben.« Der durch die Verfassung garantierte Schutz der Ehe dürfe nicht immer weiter ausgehöhlt werden.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, forderte indes, das gemeinsame Adoptionsrecht in der kommenden Wahlperiode einzuführen. Die »klammheimliche Rücknahme« der Klage gegen die Stiefkindadoption sei »feige und ein beschämendes Eingeständnis des Scheiterns«, kritisierte er.

Die Landesvorsitzende der FDP Bayern, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, verbuchte die Rücknahme der Klage als Erfolg der Liberalen. »Die FDP hat als Koalitionspartner der CSU geholfen, im 21. Jahrhundert anzukommen«, sagte sie.

Der CSU-Rechtsexperte Norbert Geis bedauert dagegen die Rücknahme der Klage. »Ich hätte die Klage durchgehalten, aber wahrscheinlich ist die Rücknahme dem Koalitionspartner FDP geschuldet«, sagte der Bundestagsabgeordnete am 11. August im ZDF- »Morgenmagazin«. In Bayern koalitiert die CSU seit Oktober vergangenen Jahres mit der FDP. *aks/lbm*

Schutz von Kindern

14 Prozent mehr Inobhutnahmen

Berlin (epd). Die Jugendämter in Deutschland haben im vergangenen Jahr durchschnittlich 23 Kinder und Jugendliche pro 10.000 Einwohner in Obhut genommen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP hervor, wie der Bundestag am 6. August mitteilte.

Die Zahl dieser vorläufigen Schutzmaßnahmen sei jedoch regional höchst unterschiedlich. Sie schwanke zwischen unter 15 pro 10.000 Einwohnern in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern und mehr als 40 Inobhut-

nahmen in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen. Insgesamt nahm damit die Zahl der Schutzmaßnahmen um 14,4 Prozent gegenüber 2007 zu. *aks*

Hessische Statistik

Frauen vom Land sind häufiger Mutter

Wiesbaden (epd). Frauen aus ländlichen Regionen sind häufiger Mutter als Frauen aus der Stadt. 90 Prozent der Frauen in Landgemeinden im Alter zwischen 45 und 75 Jahren hatten mindestens ein Kind zur Welt gebracht, teilte das Hessische Statistische Landesamt am 10. August in Wiesbaden mit. Frauen der gleichen Altersgruppe hingegen, die in einer Stadt mit

mindestens 50.000 Einwohnern lebten, waren lediglich in 83 Prozent der Fälle Mutter.

In der Altersgruppe zwischen 16 und 45 Jahren hatten 55 Prozent der Frauen in den ländlichen Regionen bereits ein Kind geboren; der Anteil lag damit um zwölf Prozentpunkte höher als bei den gleichaltrigen Frauen in den Städten.

Rund 29 Prozent der Frauen mit Kindern aus ländlichen Gemeinden im Alter zwischen 45 und 75 Jahren hatten drei oder mehr Kinder geboren, 51 Prozent zwei Kinder und 20 Prozent ein Kind. In den Städten hingegen brachten 22 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe drei oder mehr Kinder zur Welt, 46 Prozent zwei Kinder und 32 Prozent ein Kind. *leh*

Kurz und Knapp

Die Kulturhauptstadt

Ruhr.2010 will barrierefrei werden. Die Veranstaltungen des Kulturfestivals sollen auch von Menschen mit Behinderungen und sozial benachteiligten Personen problemlos genutzt werden können, erklärte der ehemalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen als Vorsitzender der Ruhr.2010 GmbH. Unterstützung erhalten die Verantwortlichen der Kulturhauptstadt Ruhr dabei unter anderem von der Freien Wohlfahrtspflege und dem NRW-Sozialministerium.

Die Berufsvertretung der Psychotherapeuten in Bayern

fordert eine bessere Versorgung für Patienten mit psychischen Störungen. Die momentane Situation im ambulanten und auch stationären Bereich sei unzureichend, erklärte der Präsident der Psychotherapeutenkammer (PTK) Bayern, Nikolaus Melcop München. Auch die psychotherapeutischen Angebote in der Jugendhilfe und in Beratungsstellen seien mangelhaft.

Jedes dritte Kind in Berlin ist von Armut betroffen. Ende 2008 haben rund 171.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in der Bundeshauptstadt auf Hartz-IV-Niveau gelebt, heißt es in einer Antwort der Senatsverwaltung für Soziales auf eine parlamentarische Anfrage. Rund die Hälfte der Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit ALG II war demnach jünger als acht Jahre alt.

Die Sozialgesetzgebung muss nach Ansicht des Verbands kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vkm) Bayern von der Bundesregierung angepasst werden. Nur so könnten Qualität im Pflegesektor und Arbeitsplätze gesichert werden, erklärte der Geschäftsführer des vkm-Bayern, Gerd Herberg. Die Qualität der Pflege und die Leistungen der diakonischen Dienste und Pflegeheimen seien derzeit gefährdet.

Wittekindshof

Vertrag mit Landkreis regelt Frühförderung

Bad Oeynhausen (epd). Einen Vertrag zur interdisziplinären Frühförderung behinderter Kinder haben der Landkreis Minden-Lübbecke und der diakonische Wittekindshof in Bad Oeynhausen geschlossen. »Je früher wir den betroffenen Kindern die Hilfe ermöglichen, die sie brauchen, desto besser ist es für ihre persönliche Entwicklung«, sagte Landrat Ralf Niermann bei der Vertragsunterzeichnung. Beteiligt sind die Krankenkassen, der Landkreis und die Frühförderstelle der Stiftung Wittekindshof.

Ziel sei es, Ärzte und Therapeuten über ihr eigenes Fachgebiet hinaus zu vernetzen. Die Interdisziplinäre Frühförderung richtet sich an Säuglinge und Kinder, die noch nicht zur Schule gehen und heilpädagogischen und medizinisch-therapeutischen Behandlungsbedarf haben. Vorteil für die Eltern: Ihr Kind kann bis zur Einschulung optimal gefördert werden, ohne dass zusätzliche Wege erforderlich sind. *db*

Evangelische Gesellschaft

Demenz durch Besuche hinauszögern

Stuttgart (epd). Der Bedarf an Besuchen bei Menschen mit beginnender Demenz oder Depression wird nach Beobachtung der Evangelischen Gesellschaft (EVA) immer größer. In Stuttgart würden heute rund 80 Menschen in dieser sogenannten »vierten Lebensphase« von einem Besuchsdienst Ehrenamtlicher regelmäßig betreut, zehn weitere stünden auf der Warteliste, sagte die Pädagogin Ingrid Braitmaier von der EVA am 11. August vor Journalisten. Sie zog eine positive Bilanz des Modellprojekts, das vor zehn Jahren vom Bundesfamilienministerium gefördert wurde und inzwischen bundesweit Nachahmer gefunden hat, darunter in Kassel und Freudenstadt.

Rund 80 Ehrenamtliche besuchen wöchentlich einsame Senioren, gehen mit ihnen einkaufen oder ins Café, spielen oder spazieren mit ihnen. Nach Braitmaiers Überzeu-

gung spart dieses Engagement der Solidargemeinschaft viel Geld. »Ohne diesen Dienst würden sich viele Krankheitsverläufe beschleunigen und verschlimmern«, sagte sie. Die Menschen müssten dann früher in eine Pflegeeinrichtung. *lbw*

Rheinische Kirche

Kindergärten streben Gütesiegel an

Neunkirchen/Speyer (epd). Die Kindertageseinrichtungen der rheinischen Kirche im Saarland streben ein Gütesiegel für ihre Arbeit an. In einem zweijährigen Modellprojekt wollen 29 der 47 Einrichtungen ein individuelles Qualitätshandbuch mit verbindlichen Standards als Grundlage für eine Zertifizierung erarbeiten, sagte Diakoniepfeffer Udo Blank am 7. August in Neunkirchen dem epd. Das Projekt, das auf freiwilliges Engagement setzt, wurde anlässlich einer Qualitätsoffensive der Evangelischen Kirche im Rheinland und ihrer Diakonie entwickelt und soll künftig in allen rheinischen Kindertageseinrichtungen erprobt werden.

Ein evangelisches Gütesiegel für die Kindergärten der Evangelischen Kirche der Pfalz im Saarland werde derzeit vorbereitet, sagte Bildungsdezernent Oberkirchenrat Manfred Sutter in Speyer dem epd. Damit folge die pfälzische Landeskirche Vorgaben des Gesetzgebers, ein Qualitätsmanagement in Kindertagesstätten einzuführen.

Die rheinischen Kindergärten, -krippen und -horte sollen nach Aussage von Diakoniepfeffer Blank auch in Zukunft eigenständig arbeiten, allerdings auf einem hohen verbindlichen Qualitätsniveau. Das Modellprojekt orientiere sich an den Zielen der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder, beziehe aber auch die Vorgaben der Internationalen Organisation für Normung mit ein. »Wir wollen eine anerkannte Industrienorm mit einem evangelischen Profil zusammenbringen«, sagte Thomas Kretzschmar, Beauftragter für Qualitätsmanagement bei der Diakonie. In den 831 Kindertagesstätten der Evangelischen Kirche im Rheinland werden etwa 49.500 Kinder betreut. *lsr*

Daumenschrauben führen nicht zu mehr Jobs

Zwangsarbeit als Abschreckung – das Elend der Workfare-Konzepte

Von Rudolf Stumberger

In »Meyers Konversationslexikon« aus dem Jahr 1890 ist unter dem Stichwort Arbeitshäuser zu lesen: »Die Einrichtung des englischen Werkhauses stützt sich vorzüglich auf die Abschreckungstheorie. Sie ist darauf berechnet, von der Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe möglichst abzuschrecken und durch eignen Erwerb die Aufnahme in Arbeitshäuser zu vermeiden.« Kasten:

Fast 120 Jahre später lesen wir in einem Papier des Bundeswirtschaftsministeriums von Arbeitsangeboten, bei denen eine produktive Tätigkeit nur von »nachrangiger Bedeutung« ist, ansonsten »aber der ‚abschreckende‘ Effekt im Vordergrund steht«. Dabei handelt es sich um das Konzept von »Workfare«, quasi einer Umschreibung von Zwangsarbeit. Das Papier liegt bereit in den Schubladen des Wirtschaftsministeriums, und diese Zwangsarbeit soll die Zukunft der Arbeitslosen sein. So jedenfalls sehen es die jüngsten Ergebnisse der Zukunftskommissionen in Nordrhein-Westfalen und Bayern vor.

»Der entstehende Anreiz, anstelle einer staatlicherseits angebotenen gemeinnützigen Ganztätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt auch solche Angebote anzunehmen, die gegenwärtig in rationaler Entscheidung zumeist kaum in Betracht gezogen werden, kann ein erhebliches Beschäftigungspotenzial bei einer gleichzeitigen massiven Haushaltsentlastung mobilisieren«, heißt es im Zukunftsbericht aus dem Hause von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) vom April 2009.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) präsentierte Mitte Juli den Abschlussbericht seiner Zukunftskommission, in dem eine »intensivere Einforderung von Gegenleistung« für staatliche Transferzahlungen gefordert wird. Im Klartext: Künftig sollen Arbeitslose zur Abschreckung für eine Lohn auf Sozialhilfeniveau mindestens 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Die »Zukunftsvisionen« werden längst in verschiedenen Modellprojekten ausprobiert, in Bayern unter dem Namen »Job-Perspektive Plus«, in Thüringen und Sachsen-Anhalt als »Bürgerarbeit«. Am längsten läuft ein derartiges Projekt in dem Städtchen Bad Schmiedeberg bei Wittenberg.

Diese »Bürgerarbeit« deckt sich noch nicht völlig mit »Workfare«, weist aber eine »hohe Affinität« dazu auf. Sie basiert auf einer vierstufigen Selektion der Arbeitslosen. Zunächst werden diejenigen mit guten Chancen am ersten Arbeitsmarkt herausgefiltert. Ge-



Rudolf Stumberger

folgt von Jenen, denen die Behörde noch Chancen durch eine Weiterqualifikation zuschreibt. Am Ende des Ausleseprozesses finden sich jene wieder, die »auf absehbare Zeit keine Chance haben, eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen«. Sie sollen zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze bei Vereinen, Kirchen und Kommunen annehmen.

Der durchschnittliche Bruttolohn für diese Tätigkeiten (30-Stunden-Woche) liegt bei rund 810 Euro, abzüglich Sozialversicherung und Steuern. In die Arbeitslosenversicherung wird nicht eingezahlt, weil sonst Ansprüche entstünden. Finanziert werden die Jobs durch die Arbeitsagenturen.

Die ersten Erfolgsmeldungen nach Einführung der Bürgerarbeit im September 2006 klangen phantastisch: Innerhalb von drei Monaten war die Arbeitslosenquote in Bad Schmiedeberg von knapp 15,6 Prozent auf 6,3 Prozent zurückgegangen. Freilich handelt es sich hier vor allem um statistische Kosmetik. »Die Abgänge aus Arbeitslosigkeit gingen weit überwiegend in öffentlich geförderte Beschäftigung, während die Abgangsraten in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und in Nichterwerbstätigkeit kaum positiv beeinflusst wurden«, so das Urteil des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Wer Bürgerarbeit leisten muss, wird nicht mehr als arbeitslos gezählt.

Bürgerarbeit hat anders als Workfare noch die soziale Komponente, Arbeitslosen ohne Chance eine noch irgendwie sinnvolle Beschäftigung anzubieten. Subjektiv wurden diese Tätigkeiten von den Betroffenen nicht als negativ empfunden – fast alles ist besser, als nur zu Hause herumsitzen. Den Workfare-Hardlinern geht es jedoch vor allem um die Abschreckung – die Zwangsarbeit soll die Arbeitslosen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld hinaustreiben. »Das Prinzip des Workfare zielt darauf ab ... möglichst viele Transferbezieher dazu zu bringen, eine unsubventionierte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen«, so die Studie des Wirtschaftsministeriums.

Qualifizierung spielt dabei keine Rolle, die Leute sollen nur dazu gebracht werden, auch für Löhne nur knapp über Hartz IV zu arbeiten: »Die Androhung von Workfare-Jobs führt ... dazu, dass die Akzeptanz von gering entlohnten Jobs im regulären Arbeitsmarkt steigt.« Um diesen Zweck zu erreichen, bedarf es auch gar nicht Millionen derartiger Jobs, was ohnehin schwierig wäre, es genüge, »dass allen Arbeitslosen signalisiert wird, dass sie in letzter Konsequenz mit Workfare zu rechnen haben« – der modernisierten Form des Arbeitshauses aus dem 19. Jahrhundert.

Rudolf Stumberger ist habilitierter Privatdozent für Soziologie an der Universität Frankfurt am Main.

»Ich mach' mein Ding«

In Berlin können junge Mütter bei der Diakonie eine Lehre in Teilzeit absolvieren

Berlin (epd). *Denise Link steht, ohne sich anzulehnen, zwischen den Hobelbänken. Sie trägt eine khakifarbene Latzhose, die dunkelblonden Haare hat sie zum Pferdeschwanz zusammengebunden. Sie lächelt. Eben hat die angehende Tischlerin eine Kindergarderobe in Pinguinform aus der Farbvernebelungsanlage geholt. Die Lackierung ist ebenmäßig geworden, sie ist zufrieden. »Für meine Kleine«, sagt sie, »das kommt ins Kinderzimmer.« Das Auffälligste an Denise sind ihre strahlenden Augen und ihre Haltung: Sie wirkt, als hätte sie schon immer Grund unter den Füßen gehabt.*

Dabei hatte sie statistisch gesehen kaum eine Chance. Denise Link hat einen erweiterten Hauptschulabschluss, ist 21 Jahre alt und alleinerziehende Mutter einer zweijährigen Tochter. Eine Ausbildung in der Gastronomie hat sie wegen Krankheit abbrechen müssen, sich vergeblich bei zahllosen Zahnärzten beworben, schließlich gejobbt und dann Hartz IV beantragt, »wegen der Kleinen«. Sie war ja nicht mehr so flexibel. Auf ihre Bewerbungen, in denen sie nicht verschwiegen hatte, dass sie eine junge Mutter ist, seien schließlich nicht einmal mehr Absagen gekommen.

Dann erfuhr sie in der Krabbelgruppe ihrer Tochter von LiSA, den »Land in Sicht Ausbildungsprojekten« des Diakonischen Werkes im Berliner Stadtteil Tempelhof. Sie zögerte keinen Moment, sich zu bewerben, und ist nun eine von sieben angehenden Tischlerinnen im ersten Lehrjahr. Im zweiten Lehrjahr sind fünf, im dritten vier junge Frauen.

In der Werkstatt nebenan lernen fünf Frauen den Bootsbau, auch sie alleinerziehende Mütter zwischen 16 und 27 Jahren. Das Besondere: Sie können ihre Ausbildung in Teilzeit absolvieren, 30 Stunden in der Woche. Dafür lernen die Tischlerinnen dreieinhalb und die Bootsbauerinnen vier Jahre, jeweils ein halbes Jahr länger als bei einer Lehre in Vollzeit.

In dem Projekt bekommen junge Frauen eine Chance, die mehr brauchen als nur einen Ausbildungsplatz. Eine Sozialarbeiterin hilft ihnen bei den Ämtergängen. Die Ausbildungsvergütung, im ersten Lehrjahr 300 Euro im Monat, reicht nicht zum Leben. Hinzu kommen müssen Wohngeld, Kinderzuschlag, Kindergeld und Ausbildungsbeihilfe oder ergänzende Hartz-IV-Leistungen – und alles muss beantragt werden.

Einige junge Frauen bringen bereits Schulden mit oder brauchen Hilfe im Alltag. Die Sozialarbeiterin arbeitet mit ihnen Haushaltspläne aus, damit sie lernen, mit dem wenigen Geld auszukommen.

Bei LiSA erhalten die angehenden Tischlerinnen zusätzlich zum Berufsschulunterricht Extra-Stunden, besonders in Mathematik. Mit diesem Stützunterricht »läuft es gut«, sagt Denise Link. Ihre Hausaufgaben für die Berufsschule könne sie ebenfalls oft in den Räumen von LiSA machen. Zu Hause schaffe sie es



Foto: epdbild

Denise Link hat für ihre Tochter Justina eine Wiege und einen Garderobenpinguin gebaut. Sie macht in einem Projekt der Berliner Diakonie eine Ausbildung zur Tischlerin.

kaum. Wenn die Kleine schlafe, sei sie zu müde zum Lernen.

Sie steht um 5.30 Uhr auf und weckt ihre Tochter um sechs, damit sie pünktlich ist, erst in der Kindertagesstätte und anschließend in der Berufsschule. Ein bis zwei Mal die Woche muss sie dorthin. Der Arbeitsbeginn bei LiSA hingegen stellt sich auf die Situation der jungen Mütter ein. Manche kommen um acht Uhr, andere, die weite Wege haben, eine halbe Stunde später. Im normalen Handwerksbetrieb wäre das kaum denkbar. Für die jungen Frauen ist das eine große Hilfe; ebenso wie die tägliche Arbeitszeit von nur sechs statt acht Stunden.

In den Augen von Leiterin Cornelia Leuteritz ist das Projekt ein Erfolg. Erst eine junge Frau habe die Lehre abgebrochen, sagt sie. Aber sie räumt auch ein, dass damit die Frage nicht beantwortet sei, ob die Frauen anschließend eine Arbeit finden. Sie hätten aber mit dem Berufsabschluss erheblich mehr Möglichkeiten.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg bleiben junge alleinerziehende Frauen ohne Berufsabschluss tatsächlich am längsten abhängig von Hartz IV. Von insgesamt 1,57 Millionen Alleinerziehenden beziehen rund 650.000 Hartz-IV-Leistungen, das sind vier von zehn. Der Anteil ist höher als in jeder anderen Bevölkerungsgruppe. Das Risiko ihrer Kinder, in Armut aufzuwachsen, liegt bei 40 Prozent.

Denise weiß, was solche Zahlen bedeuten. Ihre Mutter ist arbeitslos, ihr Vater war es lange, sie hat fünf Geschwister, ihre Oma hatte 15 Kinder. Unter ihren Freunden haben viele keine Ausbildung, manche sind mit Sozialhilfe groß geworden. »Ich will das nicht«, sagt sie. Bei ihren Freundinnen, einige schon mit Kind, gilt Denise inzwischen als Vorbild: »Bei mir sehen sie: Ich mach' mein Ding, auch mit meiner Tochter.«

Bettina Markmeyer ■

Neues Konzept im Kampf gegen Altersarmut

Sozialverband wirbt für Mindestrente / Kosten auf eine Milliarde Euro geschätzt

Berlin (epd). *Mit einem Mindestlohn und Freibeträgen in der Rente könnte nach Einschätzung des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Altersarmut vermieden werden. Der Verband legte am 7. August in Berlin ein Konzept vor, um vor allem Geringverdienern künftig eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu garantieren. Die Kosten von mindestens einer Milliarde Euro im Jahr müsste der Steuerzahler tragen, hieß es. Linke und Grüne begrüßten die Vorschläge.*

SoVD-Präsident Adolf Bauer sprach von »Alarmzeichen, die die große Koalition in sträflicher Weise ignoriert habe«. Viele Arbeitnehmer müssten damit rechnen, eine Rente unterhalb der armutsvermeidenden Grundsicherung zu erhalten. Bereits 2007 stieg die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 750.000. Die Grundsicherung beträgt 625 Euro im Monat. Sie wird gezahlt, wenn jemand überhaupt keine Rente oder eine Rente unterhalb dieser Grenze bekommt.

Erhält ein Grundsicherungsempfänger zusätzlich eine Rente, wird die Rente mit den 625 Euro verrechnet. Das betraf 2007 rund 500.000 Rentner. Nach dem Konzept des Sozialverbandes soll die Anrechnung geändert werden. So sollen die ersten 100 Euro der Rente völlig anrechnungsfrei bleiben. Die zweiten 100 Euro sollen zu 50 Prozent, die dritten 100 Euro zu 25 Prozent verrechnet werden.

Das bedeutet, dass bis zu 175 Euro der gesetzlichen Rente nicht mit der Grundsicherung verrechnet wer-

den. Für einen Bezieher von Grundsicherung und einer Rente von 300 Euro blieben dann 800 Euro unter dem Strich übrig. Nach jetzigem Stand würde die Rente komplett verrechnet, so dass 625 Euro übrigblieben. Wenn der Freibetrag von 175 Euro voll ausgeschöpft wird, bedeutete dies bei rund 500.000 Betroffenen Kosten von etwa einer Milliarde Euro im Jahr.

Vor allem Beschäftigte im Niedriglohnsektor müssten vor Altersarmut geschützt werden, sagte Bauer. Daher fordert der SoVD zusätzlich die Einführung eines bundesweiten, gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro. Nur mit diesem Lohnniveau könne nach langjähriger Arbeit das Grundsicherungsniveau erreicht werden.

Die rentenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irmgard Schewe-Gerigk, begrüßte das Konzept des SoVD und verwies auf einen Vorschlag der Grünen für eine »Garantie-Rente«. Damit könnten niedrige Renten aufgestockt werden. Dies würde vor allem Bürgern, die wegen niedriger Verdienste oder Unterbrechungen ihres Erwerbslebens keine ausreichenden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen können, zugutekommen.

Auch der Rentenexperte der Linksfraktion, Volker Schneider, lobte die Vorschläge. Es sei bedauernswert, dass aufgrund der »drastischen Rentenkürzungen« durch Rot-Grün und die Große Koalition Altersarmut drohe. Die Vermeidung von Altersarmut sei eine der dringendsten Herausforderungen der kommenden Jahre. *Jutta Wagemann ■*

Schleswig-Holstein

Arme wohnen meist in der Stadt

Kiel (epd). Wer in Schleswig-Holstein arm ist, wohnt meist in der Stadt. Der Anteil der Menschen, die Ende 2007 auf staatliche Leistungen wie Hartz IV, Grundsicherung oder Sozialhilfe angewiesen waren, liegt in Kiel, Lübeck und Neumünster bei 17 Prozent, in Flensburg bei 16 Prozent. Der landesweite Durchschnitt beträgt zehn Prozent, teilte das Statistikamt Nord am 6. August mit. Die geringste Armutsquote verzeichneten die Kreise Stormarn mit sechs Prozent sowie Nordfriesland und Segeberg mit sieben Prozent.

Die mit Abstand häufigste staatliche Leistung ist mit 87 Prozent Hartz IV. Knapp zehn Prozent erhielten Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung. Nur

zwei Prozent bekamen Sozialhilfe, meist Erwerbsunfähige, Vorruheständler mit geringer Rente oder langfristig Erkrankte. Gut ein Prozent sind Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge. *tm*

Wohnungslosenhilfe

Auch Obdachlose haben Wahlrecht

Bielefeld (epd). Sieben Wochen vor der Bundestagswahl hat die Wohnungslosenhilfe Obdachlose dazu aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Um wählen zu können, müssen wohnungslose Bürger sich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen, teilte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) am 6. August in Bielefeld mit. Zuständig sei die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte den

Antrag stelle. Bürger ohne Wohnung seien oft nicht im Melderegister und damit auch nicht im Wählerverzeichnis ihrer Kommune verzeichnet.

Für die Bundestagswahl am 27. September könne bis zum 6. September eine Aufnahme in das Wählerverzeichnis beantragt werden. Bei Landtagswahlen seien alle Bürger wahlberechtigt, die seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihre Wohnung hätten. Sie können bis 21 Tage vor den Wahlen einen Antrag auf Eintrag ins Wählerverzeichnis stellen. Das gilt auch für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August.

Die für Landtags- und Kommunalwahlen nötigen Nachweise über den Aufenthalt würden Obdachlosenunterkünfte oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ausstellen, hieß es. *lwd*

Hartz-IV-Klagen

Berliner Sozialgericht mit Verfahrens-Rekord

Berlin (epd). Das größte deutsche Sozialgericht in Berlin hat im Monat Juli so viele neue Hartz-IV-Verfahren registriert wie noch nie seit Inkrafttreten der Reform im Januar 2005. Insgesamt seien 2.684 neue Verfahren eingegangen, teilte ein Sprecher am 5. August in Berlin mit. Wenn der Trend, der schon in den Vormonaten bestanden habe, bis Jahresende anhalte, drohe eine Steigerung bei der Zahl der Verfahren um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Hauptgründe für die Verfahren seien Streitigkeiten über Unterkunfts-kosten. Dabei gehe es beispielsweise um die Frage, welche Miete angemessen sei und daher von den Jobcentern übernommen werden müsse. Ein anderer Streitpunkt sei die Anrechnung von Einkommen auf das Arbeitslosengeld II.

Mehr als die Hälfte der Hartz-IV-Empfänger (52 Prozent) hätten im ersten Halbjahr 2009 mit ihren Verfahren zumindest einen Teilerfolg erzielt. Im Jahr 2008 habe die Quote noch bei 48 Prozent gelegen.

Angesichts der hohen Zahl von Hartz-IV-Klagen forderte die Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) eine Gesetzesänderung. In vielen Fällen wie etwa bei der Anrechnung von sogenannten Mini-Jobs sei die Gesetzeslage nicht eindeutig, sagte die Politikerin am 5. August im Inforadio des rbb.

lob/meu

Studie

Überschuldete haben öfter Übergewicht

Mainz (epd). Menschen mit hohen Schulden sind einer Studie zufolge häufiger übergewichtig als der Bevölkerungsdurchschnitt. Zwischen Überschuldung und Fettleibigkeit bestehe ein eindeutiger Zusammenhang, schreiben Wissenschaftler der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität im Fachjournal »BMC Public Health«. Die Forscher machen dafür hohe Preise für gesunde Nahrungsmittel sowie feh-

lendes Wissen über preisgünstige, aber gesunde Ernährung mitverantwortlich. Vor allem die psychisch und sozial belastende Situation der Überschuldeten könne zum »Trost-Essen« und zu körperlicher Inaktivität führen.

Die Wissenschaftler gehen aber auch der Frage nach, ob Fettleibige möglicherweise eher ihren Arbeitsplatz verlieren als Schlanke und dadurch in die Überschuldung geraten. Arbeitslosigkeit sei der häufigste Grund für eine Überschuldungssituation und für Zahlungsunfähigkeit. lsr

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Caritas nimmt Kommunen in die Pflicht

Düsseldorf (epd). Die Caritas in NRW sieht angesichts steigender Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise auch die Kommunen in der Pflicht. Es sei zu befürchten, dass Städte und Gemeinden bei sinkenden Einnahmen ihre Beratungsangebote und Arbeitsmarktprogramme zurückfahren werden, erklärte der Münsteraner Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann am 5. August in Düsseldorf. »Das trifft zuerst die Schwächeren«, warnte Kessmann.

Der Caritasdirektor appellierte an die Kommunen, auch künftig Programme für Benachteiligte anzubieten. Dazu empfahl er Kooperationen mit anderen Akteuren des regionalen Arbeitsmarktes. Im Bereich der Gesundheits- und Sozialwirtschaft könnten das die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sein. lwd

● www.caritas-nrw.de

Finanzierung von Hilfen

Armutskonferenz fordert »starken Steuerstaat«

Bremen (epd). Der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Wolfgang Gern, hat einen »starken Steuerstaat« gefordert. Nur so sei auch ein starker Sozialstaat gewährleistet, sagte Gern am 7. August beim Jahresempfang des Bremer Vereins für Innere Mission.

»Während Deutschland so reich ist wie nie zuvor, befindet sich die Steuerquote im Sinkflug«, kritisierte der Chef des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau.

So sei etwa das Bildungssystem unterfinanziert, bemängelte Gern. Soziale Hilfsangebote in den städtischen Brennpunkten seien geschwächt worden. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeige, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffne. »13 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, weitere 13 Prozent erhalten staatliche Hilfen, damit sie nicht in Armut geraten.«

Gern kritisierte auch die Ausweitung des Niedriglohnssektors. Er setzte sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. »Fair entlohnte Erwerbsarbeit ist der wichtigste Zugang zu selbstverantwortlicher Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.« lnb

Caritas

Hilfen für obdachlose Frauen

Münster (epd). Die Caritas hat mehr spezielle Hilfen für obdachlose Frauen gefordert. Obwohl ihre Zahl in den letzten Jahren deutlich zunehme, seien obdachlose Frauen fast unsichtbar, erklärte der Caritasverband Münster am 5. August. Frauen seien verdeckt wohnungslos, weil nur wenige auf der Straße lebten.

Einige würden bei Bekannten unterkommen, hieß es. Häufig würden sie dabei Zwangsgemeinschaften eingehen, um nicht auf der Straße leben zu müssen. Dabei erlebten sie auch oftmals Gewalt. »Frauen ertragen oft extrem schwierige Lebensbedingungen, nur um den Wohnraum nicht zu verlieren«, sagte Ulrich Thien vom Caritasverband Münster.

Die Beratungsstelle der Caritas habe 2008 allein 175 Frauen »in prekären Wohnsituationen« beraten. Nötig sei ein Ausbau und eine bessere Vernetzung von kommunalen Angeboten besonders im ländlichen Raum, erklärte die Caritas weiter. Obdachlos würden zudem immer mehr Jugendliche und Migranten. lwd

Jung, gesund und oft gut ausgebildet

Rund 860 Irak-Flüchtlinge sind bisher im Aufnahmelager Friedland angekommen

Friedland (epd). *Sie sind jung, gesund und oft gut ausgebildet. Rund 860 Irak-Flüchtlinge, die bislang in Syrien und Jordanien lebten, sind seit diesem Frühjahr im niedersächsischen Aufnahmelager Friedland bei Göttingen angekommen. Zwei Drittel von ihnen sind verfolgte Christen oder gehören anderen Minderheiten an.*

Heinrich Hörnschemeyer, Leiter des Lagers: »Es sind Handwerker, Kaufleute, Ingenieure oder Journalisten darunter, ihr Durchschnittsalter liegt bei etwa 30 Jahren.« Nach einem Beschluss der EU-Innenminister vom November 2008 sollen 10.000 Iraker in der EU aufgenommen werden. Die Bundesrepublik will 2.500 von ihnen eine neue Heimat bieten.

Die 21 Jahre alte Helen ist eine von ihnen. Sie kam zusammen mit 93 Landsleuten aus dem jordanischen Amman nach Deutschland. »Ich fühle mich hier gut aufgehoben, es ist ein bisschen wie in einer großen Familie«, sagt die ehemalige Gymnasiastin und lächelt unbeschwert. Um ihren Hals trägt sie offen ein kleines goldenes Kreuz.

Helen weiß schon, dass sie nach Mainz ziehen wird, wo ein Onkel von ihr lebt. Zu Hause in Bagdad hatte sie, die sich zur »Altapostolischen Kirche des Ostens« bekennt, nach familiären Problemen mit ihrem Stiefvater in einer Kirche Schutz gesucht. »Dann wurde dort ein Anschlag verübt«, erzählt sie. Die damals 17 Jahre alte Schülerin war fortan in ihrem Stadtteil Al-Halij nicht mehr sicher.

Deutschland beteiligt sich zum ersten Mal am sogenannten Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingswerkes. Es richtet sich an Flüchtlinge, die nicht in ihrem »Erstzufluchtsstaat« bleiben können und auch keine Perspektive für eine Rückkehr in ihr Heimatland haben. Zu den besonders bedrohten Flüchtlingsgruppen gehören allein stehende Christinnen, alleinerziehende Mütter oder Menschen mit einem besonderen medizinischen Hilfebedarf.

Ausschlaggebend für die Einstufung als »Kontingentsflüchtling« seien in Syrien oder Jordanien zunächst

rein humanitäre Gründe, erläutert Enrico Manthey, Sprecher des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. Die Tatsache, dass bisher eher Iraker mit einem höheren Bildungsgrad kamen, habe nichts mit dem zusätzlichen deutschen Auswahlkriterium der Integrationsfähigkeit zu tun, zu der auch der Beruf und die Schulbildung gehören. Die Iraker und besonders die Christen unter ihnen verfügten allgemein über einen guten Bildungsstand.

»Die meisten möchten gern in die großen Städte wie München oder Berlin«, sagt der evangelische Pfarrer im Aufnahmelager, Martin Steinberg. Zum einem hofften sie, dort eher Arbeit zu finden. Zum anderen seien die Flüchtlinge durch das Internet informiert über das, was in Deutschland passiere.

»Neonazistische Anschläge im Osten wirken abschreckend. Wir versuchen dann zu beruhigen und klären auf.«

Der 47 Jahre alte assyrische Christ Yussuf, der im Irak eine Fabrik für Plastiktüten besaß und nebenbei als Musiker arbeitete, wird mit seiner Ehefrau und seinen beiden fast erwachsenen Kindern in Friedland den ersten Teil eines Integrationskurses besuchen. »Bisher haben alle Flüchtlinge, die nach Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen gehen, das Kursangebot angenommen«, berichtet Lager-Leiter Hörnschemeyer.

Für die Iraker gibt es einen speziellen Alphabetisierungskurs, denn viele beherrschen nur die arabischen Schriftzeichen. 45 Stunden des insgesamt 900 Stunden umfassenden Kurses befassen sich ausschließlich mit Landeskunde und dem Aufbau von Staat und Verwaltung in Deutschland. »Das ist für viele eine ungewohnte Vorstellung, dass in jedem Zipfel Deutschlands das gleiche Recht gilt«, sagt Hörnschemeyer.

Helen will vielleicht weiter zur Schule gehen. Yussuf hofft auf eine gute Zukunft für sich und seine Kinder und will arbeiten – egal was: »Ich fühle mich nach den harten Jahren in Jordanien wie neugeboren.«

Birigt Freudenthal ■

Dossier der Böll-Stiftung

Migration und Gesundheit

Berlin (epd). Im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung in Berlin hat die Journalistin und Psychologin Martha Escalona Zepa ein Dossier »Migration und Gesundheit« erarbeitet. Darin werden die Belastungs- und Risikofaktoren analysiert, die die Gesundheit von Migrantinnen und Migranten be-

einflussen und deren spezielle Bedürfnisse in der Gesundheitsversorgung dargestellt. Ein Schwerpunkt ist die Versorgung psychisch Kranker aus anderen Kulturkreisen.

In ihren Beiträgen untersuchen verschiedene Autorinnen Themen wie etwa Gewalt und Rassismus als Risikofaktoren für die Gesundheit von Migrantinnen, wie es um die Gesundheitsversorgung illegalisierter Menschen bestellt ist, oder

welchen Zugang schwule oder lesbische Migranten dazu haben. Thematisiert werden auch die besonderen Probleme von afrikanischen Migrantinnen und Migranten, die an HIV und AIDS erkrankt sind. Ein Beitrag zudem erläutert die Erfordernisse, die in der Altenhilfe bei der Pflegebedürftigkeit von älteren Migranten zu beachten sind. jt

● www.migration-boell.de/web/integration/47_2097.asp

Johannesstift übernimmt Caritas-Heime

Gewerkschaft kritisiert Druck auf Mitarbeiter / Caritas bleibt Gesellschafter

Hannover (epd). *Die bundesweit erste Übernahme sechs insolventer katholischer Einrichtungen durch einen evangelischen Träger ist nach wochenlangen Konflikten besiegelt. Das Evangelische Johannesstift in Berlin wird rückwirkend zum 1. August 90 Prozent der Gesellschaftsanteile der Caritas Seniorendienste Hannover gGmbH übernehmen, sagte der Vorsteher des Johannesstifts, Martin von Essen, am 6. August vor Journalisten in Hannover.*

Mit zehn Prozent bleibe der Caritasverband Hannover weiter Gesellschafter. Mitarbeitervertreter kritisierten die Übernahme, weil die Beschäftigten mit Lohnkürzungen von bis zu 13 Prozent rechnen müssen.

»Da ist viel Porzellan zerschlagen worden«, sagte Annette Klausung von der Gewerkschaft ver.di. Die etwa 580 Mitarbeiter seien unter Druck gesetzt worden, neue Verträge zu unterschreiben, in denen ein deutlich niedrigerer Tarif zugrunde gelegt wird. Der neue Träger habe ein Klima der Angst und Unsicherheit erzeugt. »Wir werden aufmerksam verfolgen, ob es bei denen, die nicht unterschrieben haben, zu Repressionen kommt«, kündigte Klausung an.

Von Essen sagte, die Zustimmung liege in fünf Einrichtungen bei knapp 100 Prozent, in der sechsten bei 60 Prozent: »Hier haben wir unser Ziel noch nicht erreicht und werden weiter den Dialog suchen.« Die Mitarbeiter, die noch nicht unterschrieben hätten, würden zunächst weiter nach dem alten Caritas-Tarif bezahlt. Mit vier Einrichtungen seien bereits konkrete Schritte zur Überleitung vereinbart worden. Zurzeit werde auch noch über einen Namen nachgedacht.

Der neue Name des Unternehmens wird noch gesucht

Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart worden, sagte von Essen weiter. Das Johannesstift plane Investitionen von 8,3 Millionen Euro. Damit solle direkt nach dem Sommer begonnen werden. Sowohl von Essen als auch der katholische Propst Martin Ten-

ge bedauerten die Lohneinbußen der Mitarbeiter: »Wir hätten ihnen diese Verluste gern erspart, denn wir wissen, dass sie ihr Geld mehr als wert sind.«

Die Mitarbeitervertretung der Caritas und ver.di hatten in den vergangenen Wochen immer wieder gegen die Absenkung der Gehälter protestiert und wiederholt Verhandlungen mit anderen Anbietern gefordert. Die in Niedersachsen ausgehandelten Tarife für die evangelischen Kirchen liegen über den Vereinbarungen für die evangelische Kirche in Berlin.

Der hannoversche Diakoniedirektor Christoph Künkel sagte, er respektiere die Entscheidung der Caritas-Mitarbeiter. Die hannoversche Diakonie habe selbstverständlich den Wunsch, künftig konstruktiv mit dem neuen Träger zusammenzuarbeiten. Ökumenische Trägerschaften seien im Übrigen nichts Neues. Es gebe sie bereits an verschiedenen Standorten.

Die Diakonie hatte sich in den vergangenen Wochen kritisch zu den niedrigeren Tarifen des Johannesstifts und den Pflegesätzen in Niedersachsen geäußert. Diese liegen um 20 Prozent unter dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer.

Mitarbeitervertretung rügt Geschäftsführung der Caritas

Mitarbeitervertreterin Christine Janus warf der Caritas eine schlechte Geschäftsführung vor. Die finanziellen Probleme der Caritas seien seit Jahren bekannt gewesen. Jetzt würden die Mitarbeiter vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne dass ausreichend Zeit für Verhandlungen gewesen sei.

Die Mitarbeiter müssten nun durch ihren Verzicht die wirtschaftlichen Interessen des Berliner Werks mittragen. Viele von ihnen arbeiteten in Teilzeit und könnten von den abgesenkten Gehältern nicht leben. »Es ist schon ein komisches Gefühl, wenn man bei der Kirche arbeitet und sich zusätzliche Unterstützung durch Hartz IV holt«, sagte Janus. *Ulrike Millhahn* ■

Thüringer Schiedsstelle:

Diakonie-Tarif ist angemessen

Halle (epd). Die Thüringer Schiedsstelle hat die Pflegekassen verpflichtet, die Vergütung der Diakonie als wirtschaftlich angemessen zu bewerten. Das geht aus der Begründung eines Schiedsspruches hervor, der nach Angaben der Diakonie Mitteldeutschland am 4. August zugestellt wurde. Der Dachverband sprach von einem

positiven Signal für die leistungsgerechte finanzielle Anerkennung der Arbeit in der Pflege. Der Spruch sei von hoher Bedeutung, weil gemeinnützige Einrichtungen mit tarifgemäßer Vergütung im Wettbewerb bisher zum Teil erhebliche finanzielle Nachteile tragen mussten.

Hintergrund der Entscheidung vom 28. Juli ist die Klage des Augusta-Viktoria-Stiftes in Erfurt. Es hatte von den Kostenträgern eine tarifübliche Vergütung für zusätzliche

Beschäftigte nach dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz gefordert. Das hatten die Pflegekassen jedoch abgelehnt. Ihre Begründung: Für diese Mitarbeiter sei der gesetzliche Mindestlohn ausreichend.

Das sah die Schiedsstelle anders und folgte der Linie des Bundessozialgerichtes, das im Januar entschieden hatte, dass die aus Tarifbindungen resultierenden Personalkosten als wirtschaftlich angemessen bewertet werden müssen. *db*

Ungleiche Sonderzahlungen sind gerechtfertigt

BAG und KGH.EKD entscheiden zu Sanierungs-Regelungen



Erfurt/Hannover (epd). *Ungleiche Arbeitsbedingungen können eine ungleiche Behandlung bei freiwilligen Sonderzahlungen rechtfertigen. Das Bundesarbeitsgericht urteilte am 5. August hier ähnlich wie zuvor schon zu Lohnerhöhungen. Unterdessen konkretisierte der Kirchengerichtshof der EKD in Hannover die Möglichkeit defizitärer Diakonie-Unternehmen in Niedersachsen, das 13. Monatsgehalt abzusenken.*

Die niedersächsischen Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR-K) sehen eine Kürzung der Jahressonderzahlung um bis zu 40 Prozent vor, wenn ein von Arbeitgeber und Mitarbeitervertretung gemeinsam beauftragter Wirtschaftsprüfer ein negatives Vorjahresergebnis bescheinigt. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen das evangelisch-diakonische Arbeitsrecht anwendet und Leiharbeitnehmer allenfalls kurzfristig einsetzt. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen Diakonischen Werken, unter anderem in dem der EKD. Dort sind allerdings die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes den AVR gleichwertig.

Wie dazu nun der KGH.EKD entschied, müssen die Voraussetzung für die Sanierungs-Kürzung bei allen dem Unternehmen zuzurechnenden Betrieben erfüllt sein, insbesondere auch bei verbundenen Ausgründungen.

Im Streitfall hatte ein ausgegründeter Betrieb die AVR nicht angewandt. Die Mitarbeitervertretung durfte sich daher schon bei der Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers verweigern, heißt es in dem inzwischen schriftlich veröffentlichten Beschluss vom 20. April.

Nach dem Erfurter Urteil darf ein Unternehmen unterschiedliche Arbeitsbedingungen berücksichtigen und Nachteile durch Sonderzahlungen teilweise ausgleichen. Entsprechend hatte das BAG kürzlich bereits zu Lohnerhöhungen entschieden (epd sozial Nummer 30 vom 24. Juli 2009). Wie der neue Fall zeigt, muss aber der Nachteilsausgleich alleiniges Ziel des Arbeitgebers sein.

Im konkreten Fall verlangte daher ein Facharbeiter erfolgreich eine Sonderzahlung von 300 Euro. Der Arbeitgeber hatte sieben »Sanierungs-Verweigerer« sowie Mitarbeiter ausgenommen, deren Arbeitsverhältnis am 31. Dezember gekündigt war. Dies zeige, dass er auch die Betriebstreue honorieren wollte, befand das BAG. Und die hätten die sieben Verweigerer ebenso bewiesen wie der Rest der ungekündigten Belegschaft.

Martin Wortmann ■

- KGH.EKD I-0124/R11-09
- BAG, Az.: 10 AZR 666/08 (Sonderzahlung)
- BAG, Az.: 5 AZR 486/08 (Lohnerhöhung)

Verwaltungsgericht Minden

Elternassistenz für behinderte Mutter

Minden (epd). Die überörtliche Sozialhilfe muss es einer behinderten Mutter ermöglichen, ihr Neugeborenes zu versorgen. Mit einem am 4. August veröffentlichten Beschluss vom 31. Juli sprach das Verwaltungsgericht Minden einer Mutter monatlich 1.400 Euro für eine »Elternassistenz« zu.

Die Frau leidet an Spastischen Lähmungen an Armen und Beinen und ist auf einen Rollstuhl angewiesen. Im April gebar sie ein gesundes Kind. Ihr Ehemann nahm Elternzeit bis Mitte August, für die Zeit danach beantragte die Mutter Unterstützung zur Beschäftigung einer Hilfsperson. Örtliche und überörtliche Sozialhilfe stritten um die Zuständigkeit.

Nach dem Mindener Beschluss muss letztlich die überörtliche Sozialhilfe zahlen. Denn es sei Sache der Eingliederungshilfe, dass be-

hinderte Menschen soweit als möglich am normalen Leben teilhaben. Dazu gehöre auch die eigene Betreuung eines Kindes. mwo

- Az.: 6 L 382/09

Bundesgerichtshof

Beratung durch Arzt ist Behandlungspflicht

Karlsruhe (epd). Nimmt ein Patient im Krankenhaus ärztlichen Rat nicht an, muss der Mediziner auf mögliche schwerwiegende Folgen der Nichtbehandlung hinweisen. Andernfalls kann er trotz eines richtigen Rates in die Haftung geraten, wie aus einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) hervorgeht. Danach gehört die therapeutische Beratung »zu den selbstverständlichen ärztlichen Behandlungspflichten«.

Im Streitfall war der Patient wegen eines Hypophysentumors in einer hessischen Klinik operiert worden. Danach baute er körperlich ab. Untersuchungen ergaben bezüglich

der Operation zwar einen normalen Befund, der Arzt riet jedoch zu einer erneuten Aufnahme und ordnete Infusionen an. Der Patient lehnte dies ab, kehrte aber am Folgetag mit Schlaganfall zurück.

Später verlangte er Schadenersatz. Aufgrund mehrerer Gutachten führte das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt den Schlaganfall auf Dehydratation zurück. Weil der Patient die angeratenen Infusionen abgelehnt habe, treffe die Ärzte daran aber allenfalls eine geringe Schuld.

Mit seinem am 14. Juli veröffentlichten Urteil vom 16. Juni hob der BGH die OLG-Entscheidung auf: Die Ärzte hätten deutlich auf die Gefahren einer Dehydratation hinweisen müssen. Dass dies unterblieben sei, könne ein grober Behandlungsfehler sein. Das soll nun das OLG überprüfen. Wenn ja, kehre sich die Beweislast um und die Klinik müsse belegen, dass der Fehler nicht für den Schlaganfall ursächlich sei. mwo

- Az.: VI ZR 157/08

Fernsehgerät ist »sozialüblicher Standard«

Neue Entscheidungen zu Wohnungserstausstattung und Mietkaution für Langzeitarbeitslose

Kassel (epd). *Ins Wohnzimmer gehört ein Fernsehgerät – auch bei Hartz-IV-Empfängern. Darin sind sich die Sozialgerichte (SG) Bremen und Frankfurt am Main einig. Unterdessen forderte der Präsident des Bundessozialgerichts (BSG) in Kassel, Peter Masuch, das Bundessozialministerium auf, eine Verordnung mit Pauschalen für die Unterkunftskosten festzusetzen. Verwaltung und Gerichte würden dadurch entlastet, sagte Masuch laut vom BSG bestätigten Medienberichten.*

In den Frankfurter Fällen hatte eine Frau ihren Lebensgefährten verlassen, eine andere zog von ihren Eltern aus. Beide beantragten neben verschiedenen Möbeln auch einen Fernseher als Erstausstattung für ihre Wohnung. Das Jobcenter meinte, ein Fernseher sei für eine geordnete Haushaltsführung nicht notwendig. Für Unterhaltung gebe es keinen Zuschuss.

Dem widersprach das SG mit zwei bereits schriftlich veröffentlichten Urteilen vom 28. Mai. »Zur Erstausstattung einer Wohnung zählen in der Regel alle Gegenstände, die in Haushalten unterer Einkommensgruppen üblicherweise vorhanden sind«, meinten die Frankfurter Richter. Das sei bei einem Fernseher der Fall. Er zähle zum »sozialüblichen Standard«, der auch Hartz-IV-Haushalten zugestanden werden müsse. Allerdings müssten sich die Arbeitslosen mit einem gebrauchten Gerät begnügen.

In Bremen hatte ein 47-jähriger Mann nach langjährigen Haft- und Therapieaufenthalten erstmals wieder eine eigene Wohnung bezogen. Weil er über nichts verfügte als ein Bett, beantragte er Leistungen für die Erstausstattung. Die Arbeitsgemeinschaft bewilligte schließlich 719 Euro, davon für das Wohnzimmer eine durch die Verwaltung festgesetzte Pauschale von 80 Euro.

Eine solche Pauschale ist zulässig, müsse aber ausreichend bemessen sein, heißt es in dem inzwischen schriftlich veröffentlichten Beschluss des SG Bremen vom 2. Juli. Die 80 Euro seien nur für einen Sessel,

einen Couchtisch sowie ein Regal bemessen. Erforderlich seien daneben aber »mindestens« auch ein Sofa, »Wandschmuck (Bilder, Poster, etc.)« und – ein Fernseher nebst Fernsehtisch. Dafür, so hätten Anrufe bei Gebrauchtmöbellagern ergeben, seien mindestens 150 Euro erforderlich.

Nach einem weiteren Beschluss des SG Bremen vom 12. Mai müssen es auch in der Küche gebrauchte Möbel und Geräte tun. Zumindest für Herd, Kühlschrank sowie Ober- und Unterschränke reiche die Bremer Pauschale von 215 Euro aus. Ob es auch noch für Tisch, Stühle, Besteck, Geschirr, Töpfe und Pfanne langen würde, ließ das SG im konkreten Fall offen, da die alleinerziehende Mutter diese Gegenstände noch aus ihrer bisherigen Wohnung mitnehmen konnte.

Mietkaution als Darlehen

Zu den Kosten, die die Arbeitsgemeinschaft bei einem Umzug als Darlehen übernehmen muss, gehört gegebenenfalls auch die Mietkaution. Nach einem weiteren Bremer Beschluss vom 12. Mai gilt das jedenfalls dann, wenn der Umzug notwendig und die Wohnung angemessen ist, und wenn eine andere passende Wohnung ohne Kautionszahlung nicht zu bekommen ist. Im Streitfall war einer dreiköpfigen Familie ihre Wohnung gekündigt worden. Bei einer Wohnungsbaugesellschaft fand sie eine neue Unterkunft, sollte aber 650 Euro Kautionszahlung zahlen. Wie das SG Bremen entschied, muss die Arbeitsgemeinschaft die Kautionszahlung als Darlehen bezahlen. Innerhalb der kurzen Kündigungsfrist für die alte Wohnung könne die Familie keine andere angemessene Wohnung finden. Eine gegenteilige Anweisung der Bremer Sozialsenatorin, wonach bei Wohnungsbaugesellschaften keine Kautionszahlung wird, sei mit dem Gesetz unvereinbar. *Martin Wortmann ■*

● SG Frankfurt, Az.: S 17 AS 388/06 und S 17 AS 87/08

● SG Bremen, Az.: S 23 AS 894/09 ER (Wohnzimmer), S 23 AS 877/09 ER (Küche), S 23 AS 779/09 ER

Nach Fernsehauftritt

Jobcenter darf Leistung streichen

Frankfurt a.M. (epd). Wer den Sozialstaat im Fernsehen lächerlich macht, muss sich nicht wundern, wenn dieser keine Leistungen mehr zahlt. Am 1. September 2008 veröffentlichte »Bild« einen Report über den Missbrauch von Hartz-IV-Leistungen. Der Fernmeldetechniker M. kam schon in der Überschrift zu Wort: »So einfach ist es, den Staat zu beschließen.«

Schwarzarbeit, meinte er, sei »legitime Notwehr« gegen die niedrigen Leistungen.

Dann gab der 44-Jährige Tipps, wie man an monatlich bis zu 1.000 Euro zusätzlich kommt, ohne erwischt zu werden. »Ich bin mit allen Wassern gewaschen.« Vor Bewerbungsgesprächen gurgelte er schon mal mit Alkohol, um ja nicht genommen zu werden. Mit seiner Geschichte tingelte »Deutschlands frechster Hartz-IV-Betrüger« (»Bild«) auch durch private TV-Sender.

Die Sachbearbeiterin beim Jobcenter Frankfurt las, strich die Leistungen – und siegte. Zwar habe der Fernmeldetechniker behauptet, seine Medienaussagen seien alle gelogen, doch habe er nicht einmal die Frage des Jobcenters beantwortet, ob er für seine Auftritte Geld bekam, heißt es im Eilbeschluss des Sozialgerichts Frankfurt am Main. Daher gehe das Gericht davon aus, dass er seinen Lebensunterhalt »für (mindestens) einige Monate sicherstellen« kann. *mwo*

● Az.: S 29 AS 1467/08 ER

► **Ute Burbach-Tasso** (53) ist neue Pressesprecherin im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Journalistin war zuvor acht Jahre Online-Redakteurin und stellvertretende Pressesprecherin im Diakonie Bundesverband. Burbach-Tasso war nach einem kommunikationswissenschaftlichen Studium in Berlin und München, das sie mit dem Magister Artium abschloss, sechs Jahre Redakteurin beim Evangelischen Pressedienst (epd) Niedersachsen-Bremen. Von 1999 bis 2001 war sie als Presse- und Öffentlichkeitsreferentin an der Universität Flensburg tätig.

► **Dagmar Ziegler**, Gesundheitsministerin in Brandenburg, wird ab Oktober neue Schirmherrin des Mukoviszidose-Landesverbandes Berlin Brandenburg. Die SPD-Politikerin ist Nachfolgerin von **Ingrid Stolpe**, die das Amt viele Jahre innehatte. Für ihren außergewöhnlichen Einsatz erhält sie

mit der »Windorfer-Medaille« die höchste Auszeichnung des Mukoviszidose-Bundesverbandes verliehen. Die Stoffwechselerkrankung Mukoviszidose zählt zu den häufigsten Erbkrankheiten und ist unheilbar.

► **Ludwig Selzam** (47) und **Christiane Munderlein** (44) bilden die neue Doppelspitze des Evangelischen Kita-Verbandes Bayern. Diakon Selzam ist als Erster Vorstandssprecher zuständig für die Ressorts Politik und Wirtschaft. Die Sozialpädagogin Munderlein verantwortet die Bereiche Beratung, Bildung und Pädagogik. Dem Verband gehören nach eigenen Angaben 1.200 Kitas an.

► **Barbara Gansweid**, **Andreas Büscher** und **Klaus-Ulrich Wingenfeld** haben den Sonderpreis des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge erhalten. Die Wissenschaftler ha-

ben ein neues Begutachtungsverfahren für die Feststellung von Pflegebedürftigkeit entwickelt. Die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird für besondere Innovationen in der Altenhilfe vergeben. Gansweid arbeitet beim MDK Westfalen-Lippe. Büscher und Wingenfeld sind beim Institut für Pflegewissenschaften an der Uni Bielefeld beschäftigt.

► **Ursula von der Leyen** wird zum »Goldenen Schlitzohr 2009« ernannt. Die Bundesfamilienministerin (CDU) rückt damit auf eine Stufe mit Preisträgern wie **Mario Adorf**, **Johannes Rau** oder **Thomas Gottschalk**. Sie sei im positiven Sinne clever, teilte der in Mülheim beheimatete Internationale Club der Schlitzohren mit. Die Hilfsorganisation hilft seit 30 Jahren weltweit Kindern in Not. Jährlich wird eine Person als »Schlitzohr« ausgezeichnet, die ein Preisgeld von 20.000 Euro für ein Kinder-Hilfsprojekt ihrer Wahl einsetzen darf.

Anzeige

 **ollekta.09**
Fachtagung Fundraising, Kirche, Caritas und Diakonie.

**24. September im Stephansstift in Hannover:
großer Branchentreff der FundraiserInnen
aus Kirche, Caritas, Diakonie und Mission.**

In diesem Jahr mit

- Gastredner Arnd Brummer, Chefredakteur der Zeitschrift Chrismon
- Vorstellung der Jahresaktion der Caritas „Soziale Manieren für eine bessere Gesellschaft“

kollekt.a – Tagungsbüro
c/o steinrücke+ich gmbh
Bismarckstr. 12, 50672 Köln
Tel. 0221/56 96 56-0
info@steinrueckeundich.de

www.kollekt.a2009.de

*Kollekt.a 2009:
Jetzt anmelden!*

GEP
Evangelischer Pressedienst
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

TERMINE

September

2.9. Berlin:

Seminar »Die Zukunft im Visier – Einführung in das strategische Controlling« der BFS Service
Tel.: 0221/973 56-159
www.bfs-service.de

2.-3.9. Wuppertal:

Seminar »Die Leitung eines Familienzentrums« der Paritätischen Akademie
Tel.: 0800/2262222
www.paritaetische-akademie.de

2.-4.9. Meissen:

Tagung »Einmal Opfer, immer Opfer? – Rechtliche, seelische und soziale Folgen für Betroffene von Straftaten« der Ev. Akademie Meissen in Kooperation mit der Opferhilfe Sachsen, dem Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland (ado) und dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz
Tel.: 03521/47 06-0
www.ev-akademie-meissen.de

9.9. Bad Kreuznach:

Ökumenischer Studientag »Langzeitarbeitslose in der Kirchengemeinde – Integrationsmodelle für Seelsorge und Beratung, Gemeindeveranstaltungen und unterstützende Aktionen im lokalen Arbeitsmarkt« der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und dem Bistum Trier
Tel.: 0228/952 32 03
www.ekir.de

16.-17.9. Berlin:

10. Bundeskongress »Gepflegt altern« des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege (DEVAP)
Tel.: 030/830 01-277
www.devap.de

17.9. Nürnberg:

Seminar »Insolvenz und Haftung« der Evangelischen Kreditgenossenschaft
Tel.: 0911/23 57-9182
www.ekk.de

18.9. Kassel:

Fachtagung »Wenn das Essen verlernt wird – Ernährungsprobleme von Menschen mit Demenz« der AWO-Führungskräfteakademie Nordhessen
Tel.: 0561/50 77-103
www.awo-nordhessen.de

18.9. Dresden:

»6. Sächsischer Fundraisingtag« des Fundraiser-Magazins mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft
Tel.: 0351-802 33 50
www.fundraisingtage.de

18.-20.9. Bad Boll:

Tagung »Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa – Analyse und Strategien« der Evangelischen Akademie Bad Boll mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. und Pro Asyl
Tel.: 0721/91 75-520
www.ev-akademie-baden.de

22.9. Berlin:

Tagung »Viel gefordert – falsch gefördert!? Was leistet die Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen?« des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit
Tel.: 030/24636323
www.jugendsozialarbeit.de

24.9. Hannover:

Fachtagung »kollekt 2009« für FundraiserInnen aus dem kirchlichen Bereich
Tel.: 0221/56 96 56-11
www.kollekta.de

25.-26.9. Berlin:

Paritätische Jahrestagung Migration 2009 »Zwischenbilanz: Zum Stand der Integration«
Tel.: 030/246 36-427
www.der-paritaetische.de

25.-26.9. Bad Herrenalb:

Tagung »Neue Werte in den Führungsetagen? – Kontinuität und Wandel in der Wirtschaftselite« der Evangelischen Akademie Baden
Tel.: 0721/91 75-382

25.-26.9. Nürnberg:

Jahrestagung des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes »Kinder brauchen Kinder«
Tel.: 030/23 63 90 00
www.pfv-berlin.de

30.9. Witten:

Fachtagung »Bedarfseinschätzung bei Demenz – Erfahrungen mit CarenapD« der Universität Witten/Herdecke
www.uni-wh.de

Oktober

14.-16.10. Loccum:

Tagung »Das Personliche Budget – Teilhabe für Menschen mit Behinderung« der Evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit dem Sozialverband Deutschland (CoVD), Landesverband Niedersachsen
Tel.: 05766/81-0
www.loccum.de

Impressum

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gemeinnützige GmbH in Frankfurt am Main. GEP-Direktor: Jörg Bollmann, Verlagsleiter: Frank Hinte
Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller, epd sozial: Markus Jantzer (verantwortl.), Dirk Baas, Bundesbüro Berlin: Bettina Markmeyer, Jutta Wagemann.

Erscheint wöchentlich.
Jahres-Abonnement: 237,60 € incl. MWSt. und Versand, jährlich kündbar. Mengenrabatte auf Nachfrage. Nachdruck nur mit Vertrag gestattet.

Bestellung: Shalini Frank 069/58098-225, Fax: -226,
E-Mail: aboservice@gep.de.
Anzeigen: m-public, 030/80692090,
030/80692090, Fax: -95, **E-Mail:** anzeigen@m-public.de
Druck: druckhaus köthen

Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 58098-209
Telefax (069) 58098-294
E-Mail: sozial@epd.de
Internet: www.epd.de
ISSN: 1612-2216